E&W

Erziehung & Wissenschaft 04/2018
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Politische Bildung ...

... rein in den Dialog

Foto: WDR/Klaus Görgen

GEORG RESTLE

Back to basics!

Es ist ein hochtönendes Klagelied der politischen Eliten: das Lamento über die grassierende Politikverdrossenheit der Jugend, die sich längst zu einer Akzeptanz-Krise der politischen Institutionen ausgeweitet hat. Dass davon auch die Medien umfasst sind, erschließt sich schon aus dem dramatisch gestiegenen Durchschnittsalter der Fernsehgemeinde von ARD und ZDF. Das jüngere Publikum wendet sich ab, interessiert sich kaum noch für politische Informationen, schaut immer weniger Tagesschau, Heute Journal oder Monitor. An den verglühenden Lagerfeuern der Gesellschaft wärmt sich gerade noch die Generation 60+.

Es steckt eine ganze Menge Nostalgie in diesem Lied: die Sehnsucht nach Verbindlichkeit gemeinsamer politischer Rituale und die Angst vor dem zerbröselnden Konsens einer Gesellschaft, die sich so gemütlich eingerichtet hatte in einer längst vergangenen Nachkriegsepoche. Dabei ist Wehmut ein schlechter Ratgeber in einer sich dramatisch verändernden Gegenwart, die politisch wie medial längst von neuen Protagonisten mitbestimmt wird: seien es Google oder Facebook – oder die leibhaftigen Wiedergänger eines deutschen Nationalismus alter Schule. Vor allem die Parolenschwinger von Rechtsaußen sind es, die auf die Stimmen einer politisch so heimat- wie orientierungslosen Generation lauern – Totengräber der Demokratie im Gewand einer demokratischen Opposition, die unter Mitbestimmung und Freiheitsrechten immer nur ihre eigenen Rechte verstehen und deren digitale Legionen bis in die letzten Winkel der sozialen Medien vordringen.

Politische Bildung steht hier vor einer Herkulesaufgabe, und ich fürchte, dass ein bisschen mehr Demokratiekunde kaum genügen wird für neue Begeisterungsstürme in Sachen Demokratie. Denn hinter der diagnostizierten Verdrossenheit steckt ein manifestes Glaubwürdigkeitsproblem – und das trifft uns Journalisten besonders. Wenn offensichtliche Propaganda in den sozialen Medien ernster genommen wird als mühselig recherchierte Fakten, haben aber nicht nur die Medien ein Problem. Der politisch desinformierte Citoyen ist leicht erlegbares Freiwild für die Feinde der Demokratie.

Schon deshalb sollte Medienkompetenz mehr als ein Schulfach sein. Klar müssen Jugendliche mit den Gesetzen der Propaganda vertraut gemacht werden und mit modernen Manipulationsmethoden im Netz. Aber wie es der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen formuliert: „Man kann auf eine Kommunikationsrevolution nicht mit ein paar Medienkompetenzseminaren reagieren.“ Daher braucht es eine gesellschaftliche Gesamtanstrengung, um überhaupt wieder gemeinsame Foren zu finden, ein Verständnis für gemeinsame Werte, eine gemeinsame Sprache. Die Schulen sind hier gefordert und die Politik sowieso, die begreifen muss, dass Digitalisierung mehr ist als der Ausbau von Glasfaserkabeln.

Für uns Journalisten heißt das: Back to basics! Wir müssen die großen Fragen der Demokratie wieder so ins Zentrum rücken, dass auch von den Jüngeren verstanden wird, dass es hier um ihre elementaren Zukunftsfragen geht. Dafür müssen wir runter vom Katheder und rein in den Dialog – raus in Schulen und Universitäten und tief rein in die Echokammern der sozialen Netzwerke. Vor allem aber müssen wir die publizistische Ethik und die Spielregeln unserer Arbeit transparent machen. Mit anderen Worten: Wir dürfen nicht nur die Welt, sondern müssen auch uns selbst erklären. Nur so schaffen wir Glaubwürdigkeit, die für Journalisten wie Demokraten so existenziell ist.

Politische Bildung ist eben kein Selbstzweck, kein Nischenprogramm für Öffentlich-Rechtliche, kein „Nice-to-have“ im Stundenplan. Sie ist für die Demokratie eine Überlebensfrage. Wenn Politiker, Lehrer und Journalisten das begreifen, wäre schon eine Menge erreicht.

Georg Restle,
Leiter und Moderator des Politikmagazins Monitor

Inhalt

Gastkommentar
Back to basics! Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Politische Bildung
1. Fachunterricht Politik: Geringer Stellenwert – zu wenig Geld Seite 6
2. Interview mit Helmut Holter: „Roter Faden Demokratieerziehung“ Seite 10
3. Mirko „MrWissen2go“ Drotschmann: Wie politisch ist YouTube? Seite 12
4. Politische Erwachsenenbildung: Mehr als nur „Blabla“ Seite 14
5. Projekt Demokratieberater: „Menschen politisch handlungsfähig machen“ Seite 16
6. Tipps: Praktisch für die Praxis Seite 17
7. Interview mit Wolfgang Sander: „Keine gesellschaftliche Feuerwehr“ Seite 18
8. Globale Probleme und lokales Handeln: Plastikmüll im Klassenzimmer Seite 20

Bildungspolitik
GEW-Kommentar: Bildung braucht echten Schulterschluss Seite 21

Schule
1. Studie zur Arbeitsbelastung an Bremer Grundschulen: Im Verschleißmodus Seite 22
2. Ausbildung: Referendariat muss familienfreundlicher werden Seite 28
3. Passt in keine Schublade: Mit Autismus in der Regelschule Seite 34

Gesellschaftspolitik
1. Unterricht an segregierten Schulen: Sackgasse für junge Geflüchtete? Seite 24
2. Historischer Exkurs: Geschichte und Bewertung Seite 41

Tarifrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen
1. Nach der zweiten Runde: Warnstreiks sind die richtige Antwort Seite 25
2. Quer durch die Republik: Warnstreiks von Flensburg bis Erlangen Seite 26

Länderserie Fachkräftemangel
Schleswig-Holstein: Der versteckte Mangel Seite 30

Hochschule
Hochschulprotest in Großbritannien: Streik für eine sichere Rente Seite 36

Internationales
Interview mit Sandra Hammamy: „Lieber tot als in Europa“ Seite 44

Leserforum Seite 46

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 70. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Frauen verdienen weniger

Der Equal Pay Day (EPD) am 18. März ist der Stichtag, der die unbereinigte Lohnlücke – Faktoren wie Mutterschutz, Position oder Ausbildung werden nicht berücksichtigt – zwischen Frauen und Männern in Deutschland aufzeigt: nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes noch immer 21 Prozent. So viel verdienen Frauen weniger als Männer. Rechnet man den Prozentsatz in Tage um, arbeiten Frauen 77 Tage, nämlich vom 1. Januar bis zum 18. März des Jahres, umsonst. Der Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern – der sogenannte Gender Pay Gap – hat sich in den letzten Jahren nur minimal verringert: 2006 lag er bei 23 Prozent. Gründe unter anderem: Frauen sind häufiger in Teilzeit und geringfügig beschäftigt. Mit Blick auf den EPD macht die GEW weiter Druck, vollausgebildete Lehrkräfte nach A13 (Beamte) bzw. nach E13 (Angestellte) zu bezahlen. Die schlechtere Bezahlung an Grundschulen – der Frauenanteil liegt hier bei 90 Prozent – diskriminiere Frauen mittelbar, so GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

Foto: BPW Germany e. V.

Privatschul-Legende ade

Sind Privatschulen besser als öffentliche Schulen? Nein. Weder geben die Privaten mehr Geld pro Schüler aus noch führen sie mehr Jugendliche zu einem Abschluss. Das macht die Studie „Privatschulen in Deutschland – Trends und Leistungsvergleiche“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) deutlich, die Mitte März in Berlin veröffentlicht worden ist. Bei der Leistung der Viert- und Neuntklässler stechen Privatschulen zwar hervor – aber nur auf den ersten Blick. Wenn man den familiären Hintergrund der Schülerinnen und Schüler miteinbezieht, „dann schmilzt der Vorsprung der Privaten fast komplett zusammen“, bringt es Petra Stanat, Direktorin am Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) und Studien-Mitverfasserin, auf den Punkt. Die GEW sieht sich in ihrer Einschätzung bestätigt: „Dass Privatschulen besser als öffentliche Schulen seien, entpuppt sich als Legende, wenn man die Herkunft und die Zusammensetzung der Schülerschaft in Rechnung stellt, wie es die FES-Untersuchung tut“, sagte Ilka Hoffmann die im GEW-Vorstand für Schule verantwortlich ist. Die FES-Befunde legten nahe, so Hoffmann, dass private Schulen die soziale und ethnische Trennung der Kinder verfestigen.

Keine Waffen!

Als Antwort auf den jüngsten Amoklauf mit 17 Toten an einer Schule in Florida will US-Präsident Donald Trump die Lehrkräfte in den Schulen bewaffnen (s. DIESMAL, S. 48). Nach dem Massaker haben Hunderttausende Schülerinnen und Schüler landesweit für eine Verschärfung des Waffenrechts demonstriert. Auch die US-Lehrergewerkschaft AFT (American Federation of Teachers) rief zu landesweiten Demonstrationen gegen die Waffengewalt auf.

GEW schlägt Alarm

Die berufsbildenden Schulen brauchen bis 2025 knapp 22.000 zusätzliche Lehrkräfte. Grund: Bis zu dem Zeitpunkt werden fast 340.000 Schülerinnen und Schüler mehr an diesen Bildungseinrichtungen lernen als bisher von der Kultusministerkonferenz (KMK) berechnet. Das ist das Ergebnis der Studie „Prognose der Schüler*innenzahl und des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen bis 2030“, die das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FIBS) im GEW-Auftrag erarbeitet hat. Während die Kultusminister 2013 einen Rückgang der Schülerzahl an berufsbildenden Schulen auf gut 2,1 Millionen prognostiziert hatten, geht FIBS-Leiter Dieter Dohmen von 2,48 Millionen Schülern im Jahr 2025 aus.
„Schon jetzt herrscht an diesen Einrichtungen Lehrermangel. Die höhere Schülerzahl bedeutet, dass die Bildungsausgaben kräftig steigen müssen“, unterstrich Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung. Allein im Jahr 2025 müsse die öffentliche Hand mindestens 1,6 Milliarden Euro mehr ausgeben. Mit diesem Geld könnten jedoch lediglich die Standards gehalten werden, notwendige Verbesserungen seien nicht mit eingerechnet, so der Berufsbildungsexperte.

„Weltklasse! Bildung ist mehr wert“

Weltweit gehen 264 Millionen Kinder nicht zur Schule. Ein Skandal, der mit der nötigen Finanzierung behoben werden könnte. Dieser Auffassung ist die Globale Bildungskampagne. Sie ist ein internationales Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, das sich für das Recht auf Bildung für alle Menschen einsetzt. Mit den Aktionswochen unter dem Motto „Weltklasse! Bildung ist mehr wert“, die von April bis zu den Sommerferien stattfinden, macht sich das Bündnis, dem auch die GEW angehört, weltweit für mehr Geld in der Bildung stark. Alle, die sich beteiligen wollen, erhalten kostenlose Unterrichtsmaterialien unter: unter www.bildungskampagne.org.

GLOBALE BILDUNGS-KAMPAGNE

GEW-Fotogruppe gegründet

Schnell, ein Streikfoto muss her – doch es soll professionell aussehen. Fotografisches Know-how ist gefragt. Dieses will allen Aktiven die Anfang des Jahres neu gegründete GEW-Fotogruppe bieten: ein Forum des Austausches über Technik und Ästhetik in der Streik- und Aktionsfotografie. Geboten wird eine Qualifizierung durch Profifotografen – nicht nur für den richtigen Umgang mit Spiegelreflex- und Systemkameras. Ziel ist, hochwertige Aktionsbilder von Streiks, Kundgebungen und anderen Gewerkschaftsveranstaltungen zu machen. Porträts und Gruppenfotos stehen ebenfalls auf der Agenda.
Mehr Infos unter:
www.gew.de/ausschuesse-arbeitsgruppen/weitere-gruppen/fotogruppe/

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein GEW-Organise!-Kapuzenpulli.*

Prämie des Monats April:

GEW-Organise!-Kapuzenpulli

Kleiner Fisch? Vielleicht. Aber gemeinsam stark. Der GEW-Organise!-Kapuzenpulli ist ein modisches Statement für gewerkschaftliche Organisierung und Fairtrade. Aus 100 % Bio-Baumwolle.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats April 2018/GEW-Organise!-Kapuzenpulli

Geringer Stellenwert – zu wenig Geld

// **Anschläge auf Flüchtlingsheime, antisemitische Attacken, Rechtspopulismus und Politikverdrossenheit: Schulen sollen mit Demokratieerziehung gegenhalten. Welche Konzepte und wie viel Geld gibt es für politische Bildung – welchen Stellenwert haben die entsprechenden Unterrichtsfächer?** //

Foto: fotolia.com/zplusz

Sachsens Kultusministerin fand deutliche Worte: Es sei „alarmierend“, dass junge Menschen im Freistaat derartige Haltungen teilen, befand Brunhild Kurth (CDU) im Dezember 2016. Der „Sachsen-Monitor“*, eine repräsentative Umfrage, hatte ergeben: 29 Prozent der 18- bis 29-Jährigen im östlichen Bundesland sind der Auffassung, die Verbrechen des Nationalsozialismus würden in der Geschichtsschreibung übertrieben. 35 Prozent der jungen Sachsen stimmten der Aussage zu, „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer waren“. 46 Prozent fordern, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. Ministerin Kurth beklagte diese „menschenfeindlichen oder gar rechtsradikalen Einstellungen“. Sie forderte, „dass wir an Schulen nicht zur Tagesordnung übergehen dürfen“. Man müsse „der Qualität der politischen Bildung noch größere Aufmerksamkeit schenken“. Doch was ist mit politischer Bildung an Schulen gemeint? Wie sieht der Unterricht aus?

Dresden, Gymnasium Klotzsche. Ein nüchternes Gebäude mit Flachdach, drei Stockwerke, erbaut zu DDR-Zeiten. In Raum 119 sitzen 25 Mädchen und Jungen der Klasse 9d. In „Gemeinschaftskunde, Rechtserziehung, Wirtschaft“ geht es heute um Medien. „Welche Zeitungen sind politisch wie einzuordnen?“, fragt Lehrer Arnold Rogge. Ein Mädchen zeigt auf: „Die Süddeutsche Zeitung ist eher Mitte-Links.“ Eine Mitschülerin weiß: „Rechts ist die Junge Freiheit.“ Die Klasse spricht über Pressefreiheit, Medienkonzerne und Konkurrenz durch kostenlose Angebote im Internet. Der 14-jährigen Nancy missfällt am Internet, „dass da jeder Volltrottel reinschreiben darf, was er will“. Lehrer Rogge erklärt: Der Journalist, der in einer Zeitungsredaktion als „Torwächter“ auftrete und Meinungen oder Informationen filtere, „der fällt im Internet oft weg“.

Ressourcen fehlen

Fachleute beklagen, dass es an Ressourcen für politische Bildung an Schulen fehlt. Aktuelle Zahlen liefern Professor Reinhold Hedtke und Mahir Gökbudak, Sozialwissenschaftler an der Universität Bielefeld. Die beiden untersuchten in allen Bundesländern, wie viel Prozent des Gesamtunterrichts laut Lehrplan für politische Bildung vorgesehen sind.** Ergebnis für Gymnasien, Sekundarstufe I: Spitzenreiter Hessen kommt auf 4,38 Prozent. Sachsen landet auf Platz elf mit 2,01 Prozent. Schlusslicht Bayern hat lediglich 0,52 Prozent zu bieten. Für nichtgymnasiale Schulen, ebenfalls Sekundarstufe I, ermittelten die Bielefelder Forscher: Platz eins für Schleswig-Holstein und NRW (jeweils 3,46 Prozent). Auf Platz acht landet Sachsen (2,08 Prozent). Die rote Laterne trägt Berlin (1,06 Prozent).

Foto: dpa

Alarmierend, nicht nur in Sachsen: die rechtsextremen Einstellungen vieler junger Leute, der Zulauf, den rechte Gruppen und Pegida-Demos haben, sowie deren ausländerfeindliche Attacken auf Asylunterkünfte wie in Bautzen (oben). Die Gesellschaft braucht mehr und bessere politische Bildung. Aber reicht das allein?

Foto: imago

Die sächsische Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) bezeichnete die rechtsradikalen Positionen vieler junger Sachsen, auf die eine repräsentative Umfrage hinwies, als „alarmierend“. Sie forderte, man müsse „der Qualität der politischen Bildung noch größere Aufmerksamkeit schenken“.

Gemeinschaftskunde, Politik und Recht, Sozialkunde – das Fach für politische Bildung hat in jedem Bundesland einen anderen Namen. Die Vermittlung von Wissen reiche nicht aus, bemängeln Fachleute. Zur politischen Bildung gehöre, dass Schülerinnen und Schüler eigene Erfahrungen mit Demokratie sammeln. Dass sie erleben, wie schwer es sein kann, andere Meinungen zuzulassen. Wie schmerzhaft Kompromisse mitunter sind. Dies zu lernen, forderte bereits vor 100 Jahren der US-amerikanische Philosoph und Pädagoge John Dewey: „Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung.“

Welche Möglichkeiten bietet das Gymnasium Klotzsche, an demokratischen Prozessen teilzuhaben? „Wir können abstimmen, wann wir den Kuchenbasar machen“, antwortet Florian, 15 Jah-

Fotos: Matthias Holland-Letz

Im Zentrum der Stadt Chemnitz liegt die Annenschule. Hier gebe es seit 2007 ein besonderes Schulkonzept, das „Blaue Band", berichtet Schulleiterin Ulrike Schulz. Von der Unterrichtszeit wird etwas abgezwackt und für politische Bildung genutzt.

re. Mitunter geht auch mehr, wie die gleichaltrige Anne aus der 10c berichtet. „Unser Essensanbieter war nicht gut", erzählt sie. Die Klassensprecherinnen und -sprecher der Schule forderten – unterstützt von den Eltern –, diesen Missstand zu beseitigen. Mit Erfolg. „Wir haben den Anbieter gewechselt", berichtet Anne. „Von allein wäre unsere Schulleitung nicht draufgekommen."

„Teilhabe an der Schule"

Allerdings: Was üblicherweise an schulischer Mitbestimmung angeboten wird, sei „demokratiepädagogisch wenig wirksam". So formuliert es ein Gutachten aus dem Jahr 2001***. Die Professoren Wolfgang Edelstein vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin und Peter Fauser, Schulforscher an der Universität Jena, forderten darin, Schülerinnen und Schüler „Teilhabe an der Schule" zu ermöglichen. Dies lasse sich auf vielerlei Weise realisieren. Durch Projekte zur Streitschlichtung oder ein Schülerradio. Durch einen „Runden Tisch zur Verhandlung einzelner Probleme". Oder gar durch eine Schulrepublik „nach dem Modell der direkten Demokratie". Das Gutachten skizzierte – im Auftrag der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) –, wie ein Programm zur politischen Bildung aussehen könnte.

Kurz nach Erscheinen der Expertise im Jahr 2002 startete das BLK-Programm „Demokratie lernen & leben", an dem sich bis zum Jahr 2007 insgesamt 200 allgemeinbildende und berufliche Schulen aus 13 Bundesländern beteiligten. Sie probierten aus, wie sich die Vorschläge von Edelstein und Fauser in Unterricht und Projektwochen umsetzen lassen. Bildungspolitische Bilanz? Forscher Fauser, heute im Ruhestand, zeigt sich ernüchtert. In Sachen Demokratieerziehung sei „nichts Einschneidendes passiert". „Wir brauchen bezahlte Zeit für Lehrkräfte – damit sie sich qualifizieren können und Arbeitszeit für Aktivitäten in der Schule haben." Er plädiert dafür, an jeder Schule einen „Demokratiebeauftragten" einzustellen. Die politisch Verantwortlichen hätten in jedem Bundesland zumindest „ein paar Stellen" schaffen müssen. „Doch dafür gibt es kein Geld."

Fauser sieht allerdings auch positive Entwicklungen. So hätten Fachleute und Bildungspraktiker, die am BLK-Programm mitwirkten, die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (DeGeDe)**** gegründet. Diese habe heute „in fast allen Bundesländern aktive Protagonisten". Zudem gebe es das Förderprogramm Demokratisch Handeln*****, das bundesweit Schulprojekte unterstützt. Finanzielle Hilfen für diese und andere zivilgesellschaftliche Initiativen kämen von Bund, Ländern und Stiftungen. Fauser betont jedoch: Die Mittel dieser Initiativen seien begrenzt, es handele sich um Demokratiepädagogik „in homöopathischen Dosen".

Diskutieren und entscheiden

Chemnitz. Im Zentrum der Stadt liegt die Annenschule, eine Oberschule mit 300 Schülerinnen und Schülern. Sie führt zum Realschulabschluss – und zeigt, wie Demokratieerziehung heute aussehen kann. Seit 2007 gelte hier ein besonderes Schulkonzept, das „Blaue Band", berichtet Schulleiterin Ulrike Schulz. „Unsere Doppelstunden dauern statt 90 Minuten 70 Minuten." Die so gewonnene Unterrichtszeit werde für die „Teamstunde mit dem Klassenlehrer" oder für die „KOMMzeit" genutzt. In der Teamstunde habe die Klasse 70 Minuten Zeit, um Probleme zu diskutieren. „Wie geht man miteinander um?", nennt Schulz als Beispiel. Die Teamstunde befasst sich zudem mit Themen wie „Mitschüler/Eltern aus Afrika berichten" oder „Akzeptanz anderer Lebensweisen". Das Besondere an der KOMM-Zeit: Alle Schulräume stehen offen. Die Schülerinnen und Schüler können entscheiden, in welchen Raum sie gehen und zu welcher Lehrkraft. Also: „Welches Fach wähle ich und welche Frage habe ich?" Die Schulleiterin: „Auch das ist Demokratie."

Als Problem der politischen Bildung in der Schule beklagen Fachleute auch den hohen Anteil fachfremd erteilten Unterrichts. Etwa in Hessen: An Gymnasien und den Gymnasialzweigen der Kooperativen Gesamtschulen, so der GEW-Landesverband, würden in Politik und Wirtschaft (PoWi) zwischen 33 Prozent und 57,1 Prozent der Stunden von Lehrkräften übernommen, die nicht speziell dafür ausgebildet sind. An Haupt- und Realschulen „werden Ge-

schichte und PoWi in so hohem Maße fachfremd unterrichtet wie kein anderes Fach außer Arbeitslehre“. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, liege der Anteil durchgehend bei über der Hälfte der Unterrichtsstunden. Auf ein weiteres „Ärgernis“ verweist Professor Wolfgang Sander, Sozialwissenschaftler an der Uni Gießen. Er kritisiert, dass „einschlägige Lobbygruppen“ ein eigenes Fach Wirtschaft fordern. Dies, so der Sozialwissenschaftler, hätte die „Herauslösung wirtschaftsbezogener Gegenstände aus der politischen Bildung“ zur Folge. Beides gehöre aber „wegen der engen sachlichen Überschneidungen zwischen Politik und Wirtschaft“ zusammen.

Gerade berufliche Schulen seien „hochattraktive Orte für die politische Bildung“, betont Anja Besand, Professorin für Didaktik der politischen Bildung an der Technischen Universität Dresden. Denn Gemeinschaftskunde oder Wirtschafts- und Sozialkunde würden „in nahezu allen beruflichen Ausbildungsbereichen unterrichtet“, so Besand in einer Studie von 2014.****** Keine andere Schulform erreiche zudem so viele Schülerinnen und Schüler. „Von Abiturientinnen über Schülerinnen und Schüler aus der Hauptschule und den Förderschulen ist hier alles vertreten“, unterstreicht Besand. Die Forscherin sieht allerdings eine Vielzahl von Problemen. So habe die politische Bildung an Berufsschulen „echte Schwierigkeiten, als Bildungsbereich ernst genommen zu werden“. Auch Schülerinnen und Schüler glaubten häufig, berufsrelevante Qualifikationen seien wichtiger.

Große Wissenslücken

„Das Verständnis des politischen Systems ist bei Jugendlichen beschränkt, nur 47 Prozent geben an, die Regeln vollständig zu verstehen.“ Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie aus dem Jahr 2017, erstellt von der Zeitschrift BRAVO und dem Meinungsforschungsinstitut YouGov Deutschland GmbH*, für die 522 Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren befragt wurden.

„In den meisten anderen europäischen Ländern wissen Schülerinnen und Schüler mehr über politische Fragestellungen.“ So lautet das Fazit für Nordrhein-Westfalen (NRW); nachzulesen in der internationalen Untersuchung „Das politische Mindset von 14-Jährigen“**. Erstellt 2016 vergleicht die Studie das Wissen von Jugendlichen in 24 Staaten und Regionen. Junge Menschen in Dänemark schnitten am besten ab (im Durchschnitt 586 Punkte). Am Ende der Skala liegt die Dominikanische Republik (381 Punkte). NRW landet auf Platz 14 (519 Punkte). Heranwachsende in NRW, die in einer bildungsfernen Familie leben, erzielen noch schlechtere Ergebnisse: Sie kommen auf 466 Punkte – das liegt noch unter dem Wert von Mexiko (467 Punkte). M. H.-L.

***http://bit.ly/2uuCmDc**
****www.uni-due.de/iccs/**

Politik reagiert – ein bisschen

Zurück nach Sachsen. Nach Erscheinen des „Sachsen-Monitors“ setzte Kultusministerin Kurth ein Expertengremium ein. Dieses erarbeitete bis Juni 2017 ein Handlungskonzept mit dem Titel: „W wie Werte“. Das Gremium empfahl, die „Partizipationsmöglichkeiten“ der Schülerinnen und Schüler zu erweitern. Netzwerke wie „Schule ohne Rassismus“ sollten ausgebaut werden. Es gelte, in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften „Demokratische Schulkultur“ und „Demokratieentwicklung“ zu behandeln. Und: „Insbesondere das Fach Gemeinschaftskunde“ sei zu stärken. Es soll an Oberschulen und Gymnasien bereits in Klasse 7 angeboten werden – und nicht wie bisher erst in Klasse 9. Auch an Berufsschulen soll das Fach künftig ab der ersten Klassenstufe Pflicht sein. Das sächsische Kultusministerium reagiert auf die Empfehlungen des Gremiums. Auf E&W-Anfrage bestätigte es: Ab dem Schuljahr 2019/2020 wird Gemeinschaftskunde an allgemeinbildenden Schulen bereits ab Klasse 7 unterrichtet. Einen „Anstieg der Unterrichtsbelastung“ werde es aber nicht geben. Geplant sei „an anderer Stelle eine Entlastung“. Näheres werde derzeit diskutiert.

Foto: dpa

Von 2002 bis 2007 lief das BLK-Projekt „Demokratie lernen & leben“. Die bildungspolitische Bilanz, die der Schulforscher Peter Fauser zieht, fällt ernüchternd aus: In Sachen Demokratieerziehung sei „nichts Einschneidendes passiert“.

Wie ein Mehr an Gemeinschaftskunde an berufsbildenden Schulen aussehen könnte, sei noch nicht entschieden. Der Expertenkreis fordert außerdem: Vertrauenslehrkräfte, die die Mitbestimmungsarbeit von Schülerinnen und Schülern unterstützen, sollten entlastet werden. Und bei gleichem Gehalt mindestens eine Stunde pro Woche weniger unterrichten. Doch in der Frage zeigte sich Ministeriumssprecher Dirk Reelfs zurückhaltend: Diese Maßnahme werde möglicherweise erst umgesetzt, „wenn sich die sehr angespannte Lage auf dem Lehrerarbeitsmarkt entspannt“.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***Sachsen-Monitor 2016:**
http://bit.ly/sachsen-monitor-2016
****Ranking Politische Bildung 2017:**
https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2917207
*****Demokratie lernen und leben:**
www.blk-bonn.de/papers/heft96.pdf
******Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik: http://degede.de/**
*******Förderprogramm Demokratisch Handeln: www.demokratisch-handeln.de/**
********Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen:**
http://bit.ly/polit-bild-berufsschule

„Roter Faden Demokratieerziehung“

// „Demokratieerziehung muss sich wie ein roter Faden durch alle Fächer ziehen“, sagt der neue Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Helmut Holter, im E&W-Gespräch. Der Linken-Politiker und Bildungsminister in Thüringen weist auch darauf hin, wie wichtig die Auseinandersetzung mit Diktaturen für Demokratiebildung sei. //

E&W: Herr Minister Holter, Sie haben als neuer KMK-Präsident Demokratieerziehung zum Schwerpunkt Ihrer Amtszeit erklärt. Warum?

Helmut Holter: Zum einen, weil ich demokratiefeindliche Tendenzen in der Gesellschaft ausmache, gerade unter jungen Leuten. Ich sehe es daher als notwendig an, den historisch-politischen Kontext unserer jüngeren Geschichte stärker in den Fokus zu rücken. Jugendliche im Osten wollen mehr über die deutsche Geschichte nach 1945, insbesondere über die DDR und das geteilte Deutschland, wissen. Es gibt aber einen zweiten wichtigen Aspekt: Wir beobachten unter Heranwachsenden sowohl eine zunehmende Verrohung der Sprache, die zur Hasssprache wird, als auch ein größeres Ausmaß an – nicht politisch motivierter – Gewalt. Das sind Gründe, weswegen wir Demokratieerziehung und -bildung fördern müssen.

E&W: Wie war die Resonanz Ihrer KMK-Kolleginnen und -Kollegen auf die Wahl Ihres Schwerpunktes?

Holter: Als ich die KMK-Präsidentschaft im Januar übernommen habe, gab es breite Zustimmung. Denn das, worüber wir reden, über Demokratiedefizite, ist nicht nur ein Problem Thüringens, sondern der gesamten Republik. Das Interesse der KMK, über die neuen Demokratieempfehlungen auf Fachtagungen und Veranstaltungen zu diskutieren, ist groß – und zwar parteiübergreifend.

E&W: Es geht Ihnen um eine stärkere Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur im Unterricht. Welche Rolle spielt Ihre eigene politische Biografie bei der Wahl Ihres Schwerpunktes?

Holter: Ich bin in der DDR sozialisiert worden, war Mitglied der SED und habe Teile meiner fachlichen und politischen Ausbildung in Moskau absolviert. Das hat mich geprägt. Ich habe in Moskau die Glasnost-Bewegung erlebt, war also Zeitzeuge des Umbruchs. Ich habe mich in der DDR auch aktiv daran beteiligt. Damals ist mir klar geworden: Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit sind keine Geschenke, sondern müssen täglich erfahren und verteidigt werden – im Kleinen wie im Großen.

E&W: 2019 werden die Weimarer Verfassung 100 und das Grundgesetz 70 Jahre alt, der Mauerfall ist dann 30 Jahre her. Wie will die KMK diese historischen Daten bildungspolitisch nutzen?

Holter: Zum einen gehe ich davon aus, dass die KMK im zweiten Halbjahr überarbeitete Empfehlungen zur Demokratiebildung verabschieden wird. Zum anderen soll zu den genannten historischen Daten eine Reihe von Veranstaltungen stattfinden – im Juni beispielsweise eine öffentliche Diskussion in Erfurt unter dem Motto: „Was bleibt vom 20. Jahrhundert?“

E&W: Reicht das als Anstoß für Demokratieerziehung aus?

Holter: Demokratieerziehung muss sich wie ein roter Faden durch alle Fächer ziehen. Junge Menschen müssen zum Beispiel damit umgehen lernen, dass es Kinder mit Fluchthintergrund in ihren Klassen gibt, mit Beeinträchtigungen. Dafür müssen sie soziale Kompetenz entwickeln. Andererseits möchte ich Schüler auch emotionaler an historische Themen heranführen. Etwa durch Gedenkstättenfahrten. Thüringen hat ja mit dem KZ Buchenwald, aber auch mit der Firma „Töpfer und Söhne“, die Verbrennungsöfen für Auschwitz hergestellt hat, einen ganz konkreten Bezug zur Zeit des Faschismus.

E&W: Wurde da bisher etwas versäumt?

Holter: Darum geht es nicht. Lehrkräfte haben heute eine Vielzahl von Herausforderungen zu meistern. Ich stelle nur fest, dass es im Fachunterricht nicht so gelungen ist, über das, was beispielsweise in der DDR passiert ist, intensiv zu diskutieren. Das wollen wir ändern.

E&W: Sie beklagen die Erfolge der AfD, den Zulauf Jüngerer zu Rechtsextremen und Rechtspopulisten. Setzen sich die Schulen im Osten zu wenig mit menschenfeindlichen und rechtsradikalen Einstellungen auseinander?

Holter: Die Frage stellt sich im Westen genauso. Das besondere Problem des Ostens ist, dass die Aufarbeitung der DDR-Geschichte noch nicht abgeschlossen ist und die notwendigen Schlussfolgerungen aus der Zeit der Diktatur nicht gezogen wurden. Die Auseinandersetzung mit dieser Periode muss viel stärker geführt werden. Dazu gehört Wissen, um das DDR-System politisch einordnen zu können. Aber es geht nicht nur um Vermittlung von Fakten, sondern auch um die Kompetenz, Diktaturen bewerten und Schlussfolgerungen ziehen zu können. Es gibt kaum einen anderen Ort als Schule, der das leisten könnte. Aber Lehrkräfte müssen auch motiviert dafür sein.

E&W: Hapert es daran?

Holter: Ja, weil Lehrkräfte, die noch zur DDR-Zeit an den Schulen unterrichteten oder ausgebildet wurden, Stellung beziehen müssen. Und zwar zu einem System, an dem sie sich beteiligt haben. Das heißt, es ist immer zuerst eine ganz persönliche Auseinandersetzung mit der jeweiligen Rolle in der DDR. Das habe ich mit meiner Rolle gemacht, deswegen rede ich so frei darüber. Wenn man als Lehrkraft in der Lage ist, die eigene Funktion im SED-Staat zu problematisieren, setzt man sich authentisch

mit DDR-Geschichte auseinander. Erst dann kann man auch authentisch für Demokratie streiten.

E&W: Das erfordert Aufrichtigkeit und Mut.

Holter: Richtig. Aber Kinder sind ja sehr sensibel, sie spüren schnell, ob eine Lehrkraft DDR-Geschichte lediglich als Pflichtprogramm unterrichtet oder ob dem ein Prozess inneren Ringens vorausging, nach der Wende etwas zu vertreten, was im Gegensatz zu dem steht, was man vor 30 oder 35 Jahren vertreten hat.

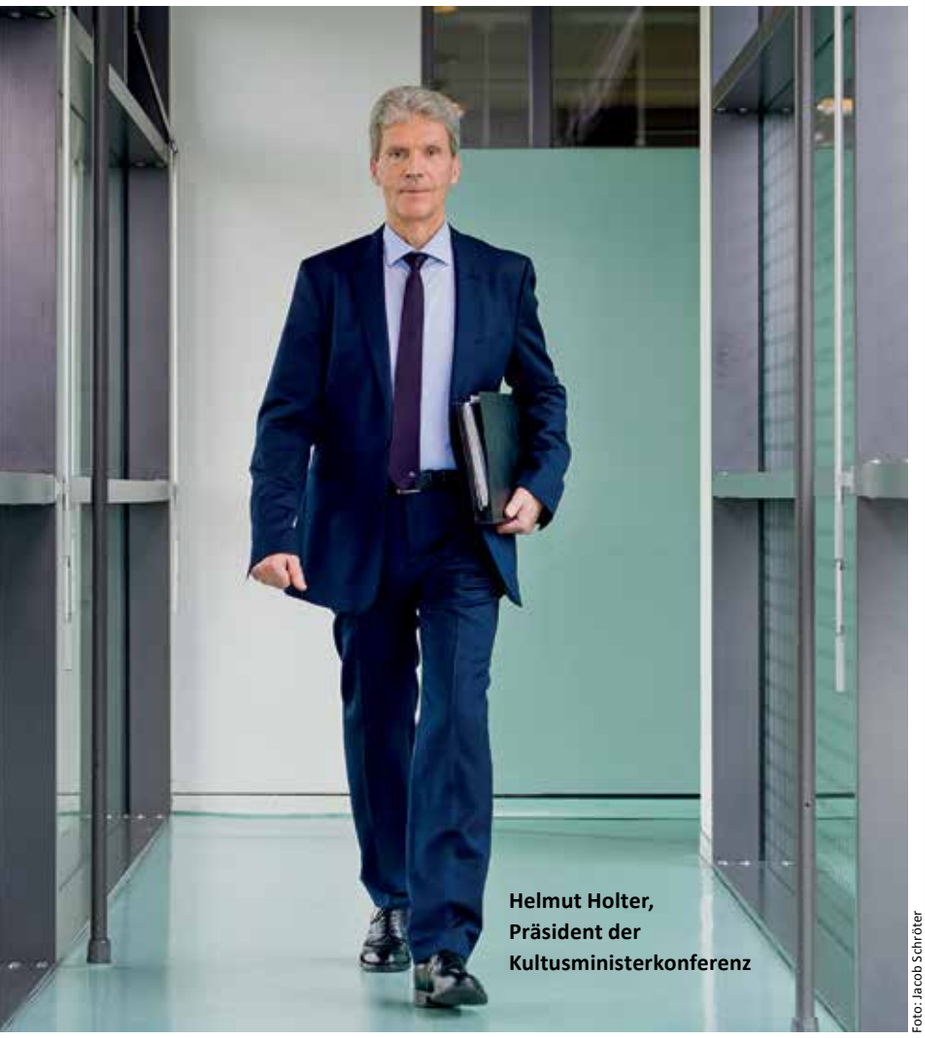
E&W: Das Verdrängen der und Schweigen über die Vergangenheit hat es im Westen nach 1945 doch auch gegeben. Da fand lange keine Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit statt.

Holter: Das stimmt. Im Osten geht es um die Frage, was die SED-Führung mit den Menschen gemacht hat. Wie der Stalinismus funktioniert, wie er in eine Schule, einen Betrieb hineingewirkt und Menschen in dieses System eingebunden hat. Die Auseinandersetzung damit ist ein schwieriger Prozess. Aber ich halte ihn für nötig.

E&W: Kann Schule diese Aufarbeitung leisten?

Holter: Es gibt in Thüringen entsprechende Weiterbildungsprogramme der Landeszentrale für politische Bildung. Auch die Bundeszentrale, die Stiftungen der Parteien machen Angebote, politische Bildung in den Schulen zu stärken. Lehrerinnen und Lehrer müssen befähigt werden, Demokratiebildung umzusetzen. Lehrkräfte müssen in der Lage sein, deutlich zu machen, dass es demokratische Alternativen zu Rechtspopulisten und rechtsextremen Gruppen gibt. Es ist ganz wichtig, jungen Leuten klarzumachen, dass Politik sie angeht.

E&W: Damit gewinnt das Fach Politische Bildung an Bedeutung. Warum haben Sie das nicht in den Fokus gerückt?



Helmut Holter, Präsident der Kultusministerkonferenz

Foto: Jacob Schröter

Zur Person

Helmut Holter (Linke), seit August 2017 Bildungsminister in Thüringen, hat 2018 turnusgemäß die Präsidentschaft in der Kultusministerkonferenz übernommen. Von 1998 bis 2006 war er Minister für Arbeit, Bau und Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, von 2009 bis 2016 Fraktionsvorsitzender der Linken im dortigen Landtag. Zu DDR-Zeiten war Holter von 1987 bis 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg.

Holter: Weil ich der Meinung bin, Demokratiebildung kann man nicht ausschließlich auf bestimmte Fächer beschränken. Sie ist der Leitfaden im Schulalltag. Junge Menschen müssen erleben, wie Demokratie funktioniert.

E&W: Demokratieerziehung als Leitfaden hat Geschichte: Von 2002 bis 2007 förderte die Bund-Länder-Kommission (BLK) das Projekt „Demokratie lernen und leben“. 2009 gab es einen KMK-Beschluss zur „Stärkung der Demokratieerziehung“, und Ende 2014 hat die KMK Empfehlungen zur Erinnerungskultur „Erinnern für die Zukunft“ verabschiedet. Das war alles nicht so erfolgreich. Waren diese Projekte zu sehr auf Partizipationskultur angelegt und zu wenig auf Förderung kritischen Bewusstseins?

Holter: Schwer zu sagen. Die KMK-Empfehlungen von 2009 werden wir jetzt überarbeiten. Ich bin überzeugt, dass die offene Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen und europäischen Geschichte gefördert werden muss. Die Frage ist: Wie vermittle ich historische Ereignisse wie den Mauerfall? Und was erwarte ich von den Schülerinnen und Schülern? Sollen sie bloß Daten und Fakten über geschichtliche Perioden erfahren? Oder lernen, Geschichte zu analysieren und Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen? Für mich steht fest: Junge Menschen sollen befähigt werden, eigene und fremde Denkstrukturen und Weltbilder zu hinterfragen.

Interview: Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der E&W

Wie politisch ist YouTube?

// Sind junge Menschen politikverdrossen? Welche Fehler sollten Politikerinnen und Politiker in den sozialen Medien vermeiden? E&W hat YouTube-Star Mirko „MrWissen2go“ Drotschmann fünf Fragen zur politischen Bildung in den sozialen Netzen gestellt. Die Antworten gibt er im exklusiven GEW-Video. //

Politik wird auch in den sozialen Medien gemacht. Das funktioniert aber nur, solange Politikerinnen und Politiker Teil der Community sind, indem sie mitdiskutieren und nicht einseitig Informationen verbreiten. Das findet auch Journalist Mirko Drotschmann, auf YouTube besser bekannt als „MrWissen2go“. Mehr als 600.000 Menschen haben dort seine Videos abonniert, 30.000 folgen ihm bei Facebook. In seinen Videos redet er über Geschichte oder politische Systeme, dabei will er mit seinen Followern diskutieren. Genau das macht für ihn den Reiz der sozialen Medien aus. „Viele Politikerinnen und Politiker benutzen die Plattform einfach nur als Verkündungskanal. Aber die Rückkanalmöglichkeit wird oft nicht gegeben. Das ist aber wichtig! Man sollte mit den Leuten in die Diskussion kommen“, sagt er im YouTube-Video der GEW.

Die viel zitierte Politikverdrossenheit werde überbewertet, viel eher treffe es der Begriff „Politiker- oder Parteienverdrossenheit“, meint Drotschmann. Viele Politikerinnen und Politiker diskutierten in den sozialen Netzen eben nicht mit den jungen Menschen und erreichten sie deshalb auch nicht. Dass es anders geht, hat „MrWissen2go“ vor der Bundestagswahl 2017 gezeigt: Zusammen mit den YouTubern Alexander „AlexiBexi“ Böhm (1,3 Millionen Follower), Ischtar Isik (1,1 Millionen Follower) und Lisa Sophie alias „ItsColeslaw“ (260.000 Follower) sammelte er in den sozialen Netzen Fragen, die jungen Leuten unter den Nägeln brennen, und stellte diese anschließend Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einem Interview.

Genau so kann die Diskussion mit jungen Menschen auf Facebook, YouTube und Co. funktionieren. „Wenn man es schafft, den jungen Menschen klar zu machen, warum ein bestimmtes Thema ihre Lebenswelt betrifft, dann interessieren sie sich schon dafür, und dann diskutieren sie auch darüber – zum Beispiel in Kommentaren unter YouTube-Videos“, sagt Drotschmann. Gerade nach der Bundestagswahl habe er sehr viele Kommentare und Mails zum Ausgang der Wahl und zur Neuauflage der Großen Koalition bekommen. „Das hat viele junge Menschen in den vergangenen Wochen und Monaten sehr beschäftigt. Da war sehr viel Kritik dabei. Da war auch sehr viel Neugier.“ Diese Neugier gelte es anzusprechen, fordert Drotschmann. Welche Fehler Politikerinnen und Politiker dabei vermeiden können und was sonst noch über Politik auf YouTube diskutiert wird, das erzählt „MrWissen2go“ im exklusiven YouTube-Video der GEW.

Stefan Brasse,
Internetredakteur GEW-Hauptvorstand

Zum Video: www.gew.de/EW-YouTube

Exklusiv für E&W: YouTuber Mirko „MrWissen2go“ Drotschmann im Video der GEW

Foto: fotolia.com/Mirko Drotschmann „MrWissen2go“

Jetzt 50 Euro Startguthaben[1] sichern!

0,– Euro Bezügekonto[2] der „Besten Bank“

[1] Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied
[2] Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✔ Bundesweit kostenfrei Geld abheben an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner
- ✔ Einfacher Kontowechsel – in nur 8 Minuten
- ✔ Ausgezeichnete und zertifizierte Beratung im Abgleich mit der DIN SPEC 77222
- ✔ Vorteile für GEW-Mitglieder
  - 50,– Euro Startguthaben[1]
  - Kostenfreie Kreditkarte Visa ClassicCard zum Bezügekonto

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 07 21/141-0
oder www.bbbank.de/gew

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Cartoon: Thomas Plaßmann

Mehr als nur „Blabla“

// Der Ton im Umgang miteinander in der Gesellschaft ist rauer geworden, Demokratie keine Selbstverständlichkeit mehr. Als Brandlöscher ist auch die politische Erwachsenenbildung gefragt. Aber kann sie das auch schaffen? //

Der politischen Erwachsenenbildung geht es gut. Das zumindest sagt Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): „Politische Bildung hat Konjunktur. Wir haben mit 54 Millionen Euro das höchste Budget in unserer 65-jährigen Geschichte“, so Krügers Worte zum Jubiläum seiner Einrichtung im vergangenen Jahr.

Das sieht Wilfried Rehfeld nicht ganz so. Er hat 30 Jahre Erfahrung in der politischen Erwachsenenbildung. Als Geschäftsführer des Vereins dialog im münsterländischen Greven leitet er eine der eher kleineren Einrichtungen im Bildungsgeschäft. GEW-Mitglied Rehfeld ist zwar überzeugt, sich mit der politischen Erwachsenenbildung der „Königsdisziplin“ verschrieben zu haben. Aber seiner Profession geht es dennoch nicht besonders gut, auch wenn die bpb-Zentrale in Berlin und Bonn das anders sehen mag.

Inzwischen leidet die Königsdisziplin an der Krankheit „Projektitis“, wie Rehfeld es nennt. Eine auskömmliche Regelfinanzierung für die Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung gebe es vielfach nicht mehr. Die Träger kämen nur noch über die Runden, wenn sie in die Projektfinanzierung einsteigen. „Das bedeutet: viel Prosa für Anträge erfinden, nur befristete Beschäftigung, sich mit immer neuen Richtlinien und Abrechnungsmodalitäten beschäftigen und den Erfolg mit betriebswirtschaftlichen Kennzahlen messen“, berichtet Rehfeld. „Neue Inhalte, Zielgruppen und gesellschaftliche Veränderungen stehen weniger im Mittelpunkt. Das ist keine gute Entwicklung.“ Dabei ist die Kernaufgabe der Bildungsarbeit unverändert aktuell: Es geht um eine starke Demokratie, Wissenstransfer, Mut und Routinen für politisches Handeln.

Gewaltige Parallelstrukturen

Weil nicht alles rund läuft, schlagen auch die 16 Landeszentralen für politische Bildung Alarm. Die Leitungskonferenz kritisiert, dass durch den Ausbau der Sonderprogramme des Bundes inzwischen gewaltige Parallelstrukturen entstanden seien, „die häufig sogar besser ausgestattet sind als die traditionell gewachsenen und dauerhaft angelegten Strukturen“, heißt es im Papier der Behördenleiter. Mehr als 100 Millionen Euro stellte im Jahr 2017 allein das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Programm „Demokratie leben“ zur Verfügung. Verteilt wurde das Geld auf 250 Initiativen, die sich für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen. Die Behördenleitungen hegen Zweifel daran, ob die notwendigen Qualitätsstandards bei den Trägern sichergestellt sind. In ihrer Stellungnahme fordern die Zentralen dazu auf, „umzusteuern“. Zusätzliche Projektmittel sollen die bestehenden Strukturen der politischen Bildung „dauerhaft stärken“. Kritik gibt es auch an der inhaltlichen Ausrichtung. Eine Reduktion auf „Gefahrenabwehr gegen Demokratiegefährder“ findet nicht ihre Zustimmung. Es gehe vielmehr um „Mitgestaltung“ des demokratischen Gemeinwesens. Deshalb lehnen die Landeszentralen eine politische Erwachsenenbildung ab, die nur auf Intervention setzt.

Gegen ein verkürztes Verständnis von politischer Erwachsenenbildung wendet sich auch der Bildungswissenschaftler Professor Rolf Dobischat von der Universität Duisburg-Essen. Er sieht den Bereich

in einer langen, historisch gewachsenen Tradition, die das Ziel der kritischen Information über gesellschaftliche Veränderungen verfolgt. Für den Wissenschaftler geht es darum, „Transparenz herzustellen“, und zwar über den „Zusammenhang zwischen individueller Lebenslage, gesellschaftlich-politischer Steuerung und beteiligungsorientierten Optionen“. Dobischat will mit der Demokratiebildung gleich drei Dinge anschieben: „Aufklären, für das Gesellschaftsmodell werben und zur politisch-gesellschaftlichen Teilhabe befähigen.“

Ernüchternde Analyse

Gemessen an diesem Anspruch fällt seine Analyse der Realität ernüchternd aus. „Allein der Blick in die Bildungsstatistik zeigt, dass die Angebote wie auch die Nachfrage quantitativ rückläufig sind.“ Die Träger der politischen Erwachsenenbildung erreichten zu wenige Menschen. Dobischat fordert deshalb bessere personelle, organisatorische und vor allem finanzielle Rahmenbedingungen. Erwachsenenbildner Rehfeld erinnert gerne an die Forderung der GEW, mindestens 1 Prozent des Bildungsetats eines Landes für die Weiterbildung bereitzustellen. „In Nordrhein-Westfalen hatten wir das in den 1970er-Jahren. Aktuell liegen wir bei 0,56 Prozent.“

In den östlichen Bundesländern habe politische Erwachsenenbildung besondere Bedeutung, berichtet Uwe Roßbach, Geschäftsführer der DGB-Weiterbildungseinrichtung Arbeit und Leben Thüringen. „Das zeigt sich auch an den bereitgestellten Mitteln.“ Unter dem Eindruck der Pegida-Aufmärsche, der hohen Zustimmungswerte für die AfD und der ausländerfeindlichen Ausschreitungen ist der Ruf nach korrigierender Bildung groß. Allerdings ist für Roßbach die Denkweise, „die Gesellschaft driftet nach rechts und jetzt stärken wir mal die politische Bildung“, nicht zielführend. „Erwachsene mit über 35 Jahren Erfahrungen aus der Wendezeit, mit ihren schwer zu verarbeitenden Demütigungen, erreichen wir kaum“, berichtet Roßbach, der seit 1996 in Erfurt arbeitet.

Politische Erwachsenenbildung, die sich darauf beschränkt, Spielregeln zu vermitteln nach dem Motto: „Bitte schlagt nicht über die Stränge, wir reden mit allen, wir lernen jetzt mal, offen zu diskutieren“, hat in Roßbachs Augen keine Chance. „Nur Feuerwehr-Einsätze gegen antidemokratische Kräfte zu machen, reicht einfach nicht.“

Arbeit und Leben setzt stattdessen auf politisches Handeln und Prävention. „Und das in konkreten Lebenssituationen“, argumentiert Roßbach. Es geht um Interessen, Gegensätze und Konflikte. Heile Welt nach dem Motto: „Das beste Argument siegt“, sei „doch lächerlich. Politische Bildung ohne Interessenbezug ist nur Blabla“.

Klaus Heimann,
freier Journalist

ZUSAMMEN – Spiel dich fit für Vielfalt!

Foto: Stephan Röhl

Interesse gegenüber Anderem und Neuem, eine Kultur des Respekts und der Offenheit müssen erarbeitet und vor allem erlernt werden.
Die Vermittlung von Kompetenzen, die Schülerinnen und Schülern dazu befähigen mit Verschiedenheiten umzugehen, ist hierfür unabdingbar.
Deshalb hat die Heinrich-Böll-Stiftung **ZUSAMMEN – Spiel Dich fit für Vielfalt!** entwickelt. **ZUSAMMEN – Spiel Dich fit für Vielfalt!** besteht aus vier Kartensets und Arbeitsblättern zu den Themen Freizeit, Demokratie, Flucht & Migration und Arbeit und kann in den Unterrichtsfächern Sozialkunde, Gemeinschaftskunde oder Politik eingesetzt werden.

- Teilspiele sind einzeln einsetzbar
- Jedes Spiel kann in 90 min gespielt werden
- Auch für Deutsch-Anfängerinnen und Anfänger geeignet

Neugierig? Die Heinrich-Böll-Stiftung bietet Schulungen an, um Interessierte für den Einsatz von **ZUSAMMEN – Spiel dich fit für Vielfalt!** auszubilden.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG Schumannstr. 8 10117 Berlin **www.boell.de**
STIFTUNGSVERBUND

Vier Planspiele im Kurzformat für den Unterricht ab Klasse 10

Spielkarten im Karton,
Anleitungen und Arbeitsblätter
Schutzgebühr: € 20,-

ZUSAMMEN –
Spiel dich fit für Vielfalt!
Bestellung und Information:
boell.de/planspiel-zusammen

Für Details und Schulungstermine melden Sie sich gerne bei uns: ***zusammen@boell.de***

„Menschen politisch handlungsfähig machen“

// **Politische Bildung für Erwachsene: Das Projekt „Gut beraten?! Mit Konzept“ bildet Gewerkschaftsmitglieder zu Demokratieberatern aus – und fördert damit ganz konkret politische Arbeit.** //

Leicht fällt es Olaf Kämpfer immer noch nicht. Doch in seiner Ausbildung zum Demokratieberater hat er gelernt, wie wichtig es ist, sich bei Konflikten zurückzunehmen. „Früher habe ich immer versucht, die Probleme zu lösen“, sagt der Betriebsratsvorsitzende eines Fahrzeuganhängerherstellers in Gotha. Im Projekt „Gut beraten?! Mit Konzept“ für ehrenamtlich aktive Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) hat er ein neues Rollenverständnis vermittelt bekommen. Und erprobt. Durch Rollenspiele in Kleingruppen trainierte der 54-Jährige, wie so ein Gespräch am besten klappt – mit Beispielen aus dem eigenen Alltag. In erster Linie zielt das Projekt darauf ab, dass ehrenamtlich aktive Gewerkschaftsmitglieder die Arbeit in Kreis- und Stadtverbänden besser gestalten können. An vier Wochenenden übers Jahr verteilt erhalten sie praktische Tipps. Dabei ist der Umgang mit Konflikten nur ein Thema von vielen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer üben auch, wie sie mehr Schwung in ihre Sitzungen bringen können. Oder neue Ideen für Veranstaltungen entwickeln. Auch der Umgang mit menschenverachtenden Einstellungen wie Rechtsextremismus und Antisemitismus steht auf dem Programm. Vor jeder Runde berichten die Aktiven, welche Fragen ihnen besonders am Herzen liegen. „Das Curriculum wird daraufhin angepasst“, erklärt Projektleiterin Kathrin Heinrich vom gewerkschaftsnahen Bildungsträger Arbeit und Leben Thüringen in Erfurt.

Foto: Doreen Breuer

Politische Erwachsenenbildung ist kein klassischer Unterricht, sondern mehr Gruppenarbeit – etwa im Projekt „Gut beraten?! Mit Konzept!“ für ehrenamtlich aktive Gewerkschaftsmitglieder.

Der nächste Ausbildungsgang zum Beispiel richtet sich an junge Leute aus der Jugendarbeit von DGB, ver.di, GEW & Co, die bewährte Methoden für die antirassistische Arbeit kennenlernen wollen. Ein andermal liegt der Schwerpunkt auf Sexismus. „Die Teilnehmenden werden sensibilisiert für Diskriminierung“, sagt die Projektleiterin, „bekommen besseres Know-how.“ Gefördert wird das Projekt durch das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums sowie das Thüringer Landesprogramm „Denk bunt“.

Politische Bildung

Politische Erwachsenenbildung bieten unter anderem Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Volkshochschulen oder der Staat an. Mit klassischem Unterricht haben die Weiterbildungen wenig gemein. Zu den Angeboten gehören Diskussionsrunden, Fachtagungen und Bildungsurlaube. Weitere Infos zu Angeboten unter dem Dach des DGB: www.dgb.de/service/bildung-und-weiterbildung/ K.H.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verbringen jeweils drei Tage zusammen in einem Seminarhaus im Grünen. Nach Feierabend diskutieren sie weiter – und wachsen als Gruppe zusammen. „Wir wollen, dass sie im Austausch bleiben“, so Heinrich.

Hilfestellung geben

Für den Geschäftsführer von Arbeit und Leben Thüringen, Uwe Roßbach, ist das Projekt ein gutes Beispiel dafür, „wie politische Bildung auch wirksam wird“. Sein Ziel: „Menschen politisch handlungsfähig zu machen.“ Politische Bildungsangebote wie Lesungen oder Diskussionsrunden bezweckten nur, dass sich das klassische Bildungsbürgertum über politische Themen informiere – und empöre. Damit sei aber noch nichts gegen konkrete Probleme getan. Das sei beim Gewerkschaftsprojekt anders. „Die Leute wollen zusammen politisch handeln und nicht nur individuell schlauer werden“, betont GEW-Mitglied Roßbach. Aufgabe politischer Bildung sei, dafür das Rüstzeug bereitzustellen und Hilfestellung zu geben.
Für Betriebsrat Kämpfer waren die Seminare eine tolle Erfahrung. „Die Ausbildung hat mir richtig viel gebracht“, sagt der 54-Jährige. Als Demokratieberater ist er oft im Einsatz. Im Betrieb sprechen ihn Kollegen an, wenn es Probleme gibt. Und auch Nachbarn baten ihn um Hilfe, als in der Reihenhaussiedlung ein Heckenstreit hochkochte. Das Ergebnis: „Sie geben sich wieder die Hand und reden miteinander. Immerhin.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Praktisch für die Praxis

// **Schule soll ein Ort der Offenheit und Toleranz sein, an dem junge Menschen erkennen: Die Grundwerte der demokratischen Gesellschaft dürfen nicht zur Disposition stehen. So gesehen ist schulische Bildung immer auch politische Bildung. Einige Materialtipps:** //

Schülerfirmen als Übungsfeld

Die neue Handreichung der GEW, der IG Metall und der Arbeitskammer des Saarlandes mit dem Titel „Gute Schülerfirmen: demokratisch, sozial und ökologisch" stellt ein Konzept vor, das sich an den Prinzipien Mitbestimmung, Solidarität, Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung orientiert. Download und Bestellmöglichkeit des Leitfadens für Lehrkräfte, Eltern und betriebliche Interessenvertretungen: www.gew.de/leitfaden-schuelerfirmen

An Schülerinnen und Schüler richtet sich ein neues Arbeitsheft von Böckler Schule. „Die mitbestimmte Schülerfirma" zeigt ihnen Schritt für Schritt, wie sie eine mitbestimmte, nachhaltige und sozial verantwortliche Schülerfirma gründen können: www.boeckler.de/39581.htm

„Böckler Schule" zur sozioökonomischen Bildung

Die Hans-Böckler-Stiftung bietet viele Materialien für den sozioökonomischen Unterricht an: didaktisch aufbereitete Unterrichtseinheiten, Themenhefte, Grafiken und Artikel zu neuesten Forschungsergebnissen. Zuletzt erschienen sind etwa die Unterrichtseinheiten „Facebook bei der Arbeit – Ist das erlaubt?" und „Gläserne Beschäftigte – schon Realität oder noch Fiktion?": www.boeckler.de/39580.htm

Politische Bildung in der Schule

Politische Bildung ist ein fächerübergreifendes Thema, dennoch hat das Fach Politik einen besonderen Stellenwert. Der Sammelband „Politische Bildung in der Schule. Zeitgemäße Ansätze in Zeiten des Populismus" enthält Beiträge einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Entwicklung der schulischen politischen Bildung, zu ihrer curricularen Verankerung sowie zu Populismus und Demokratiebildung. Download: bit.ly/FES-PolBild-Schule-PDF

Zusammengestellt von Martina Schmerr,
Referentin im GEW-Vorstandsbereich Schule

EUROPA ENDLICH VERSTÄNDLICH - IN 30 MINUTEN

Erlebnis Europa
Europa Experience

Die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin
The exhibition in the European House Berlin

Rollenspiele für Schulklassen
Kostenlose Lehrmaterialien

Multimedia-Ausstellung über die EU
360° - Kino
Eintritt frei

www.erlebnis-europa.eu

„Keine gesellschaftliche Feuer

// Didaktik-Professor Wolfgang Sander über politische Bildung in der Schule, jahrzehntelangen Wildwuchs und die Zukunft des Fachs. //

E&W: Die politische Bildung ist – mal wieder – in der Diskussion. Wenn Extremisten in die Parlamente einziehen, heißt es schnell: Die politische Bildung hat versagt. Stimmt die Analyse?

Wolfgang Sander: Dass über politische Bildung diskutiert wird, ist eine gesellschaftliche und pädagogische Notwendigkeit – und sehr zu begrüßen. Wenn ich mir die aktuelle Situation anschaue, dann gibt es da Licht und Schatten. Zu den positiven Aspekten gehört ganz sicher, dass es in der Bundesrepublik gelungen ist, demokratische politische Bildung in den Schulen zu etablieren – das war in Deutschland nicht immer so! Dass wir heute eine professionelle Fachstruktur dafür haben, eine geregelte Ausbildung der Lehrkräfte, dass es die Bundeszentrale für politische Bildung gibt, das ist alles gut.

E&W: Was ist denn nicht so gut?

Sander: Zu den Schattenseiten gehören strukturelle Defizite. Etwa, dass das Fach in den Bundesländern höchst unterschiedlich behandelt und angeboten wird – und dann auch noch oft fachfremd unterrichtet. Bundesweit haben wir eine Vielzahl unterschiedlicher Bezeichnungen. Mal heißt das Fach Sozialkunde, mal Gemeinschaftskunde, mal Politik und Wirtschaft. Für Außenstehende ist das schwer zu durchschauen. Stellen Sie sich vor, Mathematik würde unter zehn verschiedenen Benennungen angeboten! Zudem ist diese Zersplitterung auch nicht gut für eine weitere Professionalisierung in diesem Feld.

E&W: Gibt es denn Bundesländer, die als Vorbild taugen?

Sander: Das kommt auf die Fragestellung an. Wenn wir den Unterricht in der Sekundarstufe I vergleichen, dann hat beispielsweise Hessen mit insgesamt rund sechs Wochenstunden eine vergleichsweise gute Stundenausstattung. In anderen Bundesländern liegt das manchmal nur bei einer Stunde oder zweien. Aber Hessen hat an anderer Stelle ein Problem: 30 bis 50 Prozent des Unterrichts in politischer Bildung werden hier an den verschiedenen Schulformen fachfremd unterrichtet. Ohne die Kolleginnen und Kollegen angreifen zu wollen: In diesem Ausmaß kann das der Qualität des Unterrichts nicht guttun.

E&W: Warum ist das so schlimm?

Sander: Weil man fachlich qualifizierte Lehrkräfte braucht, wenn man Schülerinnen und Schülern Politik- und Demokratieverstehen vermitteln will. Die Gefahr ist groß, dass fachfremde Lehrerinnen und Lehrer dazu neigen, sich auf Faktenwissen zurückzuziehen oder das Fach als bloßen Meinungsaustausch misszuverstehen. Eine andere Gefahr ist, schulische Partizipation schon als politische Bildung zu verstehen, etwa wenn man denkt, ein Klassenrat vermittle schon Demokratieverständnis. Diese Art der Partizipation ist zwar gut für das Schulklima, und sie kann erfolgreich Selbstwirksamkeitserfahrungen vermitteln. Aber der Klassenrat ist eben kein Parlament im Kleinen, er entspricht nicht dem Bundestag oder einem Landtag. Demokratie ist am Ende eine politische Ordnungsform, die anders funktioniert als Partizipation im Schulalltag.

„Dass über politische Bildung diskutiert wird, ist eine gesellschaftliche und pädagogische Notwendigkeit – und sehr zu begrüßen.“

Foto: Kerstin Sander

Wolfgang Sander, Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen

E&W: Die Idee der Demokratieerziehung wurde schon von der Bund-Länder-Kommission vorangetrieben. Entsprechende Leitlinien liegen also vor.

Sander: Über vernünftige Demokratieerziehung kann man nicht sinnvoll reden, wenn man sie aus dem Kontext der politischen Bildung herausnimmt. Es hilft auch nur begrenzt, wenn man meint, mit mehr Demokratieerziehung auf aktuelle politische Herausforderungen reagieren zu können. Aus meiner Sicht ist das eine sehr ambivalente Situation: Die politische Bildung bekommt oft dann hohe Aufmerksamkeit, wenn es starke extremistische Bestrebungen in der Gesellschaft gibt. Diese Aufmerksamkeit ist einerseits gut, anderseits muss aber auch klar sein: Politische Bildung kann keine gesellschaftliche Feuerwehr sein, allein schon deshalb, weil sie eher langfristig wirken will. Politische Bildung in der Schule kann und muss zwar Foren bieten, in deren Rahmen aktuelle politische Probleme diskutiert werden. Mit Blick auf politischen Extremismus hat sie aber eher einen präventiven als einen intervenierenden Aspekt.

E&W: Wie stark wirkt der sich aus?

Sander: Die Effektivität eines kleinen Unterrichtsfachs auf die politische

wehr“

Kultur kann nicht genau gemessen werden, weil ja ständig auch andere Einflüsse auf das politische Denken von Menschen wirken. Aber es spricht vieles dafür, dass die recht große Stabilität der demokratischen politischen Ordnung in der Bundesrepublik mit vergleichsweise schwach ausgeprägten Extremismen auch auf die politische Bildung in der Schule zurückzuführen ist.

E&W: Trotzdem wünschen Sie sich Reformen.

Sander: Natürlich. Die Frage der uneinheitlichen Fachbezeichnung hatten wir ja schon angesprochen. Das Fach sollte überall „Politische Bildung“ heißen. Dafür müsste die Kultusministerkonferenz (KMK) eine entsprechende Rahmenvereinbarung treffen. Aber das ist ein dickes Brett. Seit die KMK 1950 in ihrem ersten Beschluss zur politischen Bildung den Ländern empfahl, ein entsprechendes Fach einzuführen, die Benennung und Ausgestaltung aber freigestellt wurde, haben wir diesen Wildwuchs.

E&W: Könnte man sich noch mehr vorstellen, zum Beispiel in Verbindung mit weiteren Fächern?

Sander: In vielen Bundesländern wird mit einer Integration der politischen Bildung mit Geschichte und Geografie zu einem größeren gesellschaftswissenschaftlichen Fach experimentiert. Eine Chance könnte unter anderem darin liegen, ein solches Fach zu einem stundenmäßig gut ausgestatteten Hauptfach zu machen. Aber dafür braucht es ein ausgereiftes Konzept und eine entsprechend abgestimmte Lehrerbildung. Überdies gibt es derzeit dort, wo ein solches Fach existiert, einen ähnlichen Wildwuchs mit unterschiedlichen Fachbezeichnungen – von Gesellschaftslehre bis Weltkunde. Solche Überlegungen sollten auch nicht davon ablenken, sich auf das kurzfristig Machbare in der politischen Bildung zu konzentrieren.

E&W: Und das wäre?

Sander: Dafür zu sorgen, dass es an allen Schulen, in allen Bundesländern und mit ausreichender Stundenzahl politische Bildung als einen Ort gibt, an dem man mit Jugendlichen grundsätzliche wie aktuelle Fragen und Probleme von Politik diskutieren und bearbeiten kann. Und zwar auf einer fachlich gut fundierten Basis mit entsprechend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern.

Interview: Armin Himmelrath, freier Journalist

www.civic-education.info/

Zur Person

„In der politischen Bildung geht es um die Frage, wie wir als menschliche Gesellschaften unser Zusammenleben gestalten wollen“, sagt Wolfgang Sander, Professor für die Didaktik der Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen. In aktuellen Forschungsprojekten beschäftigen sich Sander und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter anderem mit der Geschichte der politischen Bildung sowie mit Schülervorstellungen und fachdidaktischen Konzeptionen des politischen Unterrichts. Im Wochenschau-Verlag ist gerade sein neues Buch „Bildung – ein kulturelles Erbe für die Weltgesellschaft“ erschienen. ah

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

www.vielfalt-mediathek.de

Dokumentation, Information und Nachhaltigkeit

Kostenlose Bildungsmaterialien für Demokratie, Anerkennung und Vielfalt

DOWNLOAD VON
› Broschüren und Büchern
› Unterrichtsmaterial und Arbeitsblättern
› Trainingsordnern und Handbüchern
› Audios und Videos
› Dokumentationen der Lokalen Aktionspläne und Partnerschaften für Demokratie
› Aktuellen Podcasts und Expertisen

vielfalt mediathek
IDA Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA)
Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS
WOCHENSCHAU VERLAG

DEMOKRATIE AUF DEM RÜCKZUG – SIEGESZUG DER AUTOKRATEN?

Starke Männer in der Politik – Totengräber der liberalen Ordnung? | Was ist eigentlich ein Autokrat? | Der feministische Blick | Menschenrechte und Autokratien | Demokratie und Autokratie aus historischer Sicht | Analysen: Russland, China, Türkei, Venezuela | Konsequenzen für die politische Bildung

GRATIS-PROBEHEFT: WWW.POLITIKUM.ORG

Plastikmüll im Klassenzimmer

// Im Politikunterricht lernen Achtklässler die Zusammenhänge von globalen Problemen und lokalem Handeln kennen – und werden so zur Mündigkeit erzogen. //

Von Zuhause schleppt Lehrer Andreas Füchter einen gelben Sack an und schüttet ihn im Klassenzimmer aus. Heraus purzeln Käsepackungen, Milchtüten, Schokoladenpapier. Die Achtklässler streifen Handschuhe über, sortieren den Abfall. Die Frage: „Welcher Plastikmüll wäre verzichtbar?“ In der 8. Klasse des Überwald-Gymnasiums im südhessischen Wald-Michelbach steht im Fach Politik und Wirtschaft der Schwerpunkt globales Lernen auf dem Stundenplan. Füchter legt Wert darauf, dass das Thema nicht zu abstrakt behandelt wird. „Die Jugendlichen sollen merken, dass globale Probleme viel mit ihnen selbst zu tun haben“, betont der Lehrer. In diesem Fall, dass Plastikmüll durch die Nahrungskette wieder auf ihrem eigenen Teller landen kann. Und dass sie selbst zur Verschmutzung beitragen. Aber auch Alternativen haben. „Da fängt Mündigkeit an.“

Im ersten Schritt nimmt der Politiklehrer die Jugendlichen mit auf eine Fantasiereise, zeigt dazu Fotos auf dem Whiteboard: Als Astronauten im Weltall blicken sie auf den blauen Planeten. Welche Probleme haben die Ozeane? Der Blick zoomt näher an die Erde heran: Ein Foto zeigt einen toten Pinguin, verheddert in einem Kunststoffnetz. Auf einem anderen ist ein Segelschiff zu sehen: Umweltaktivisten haben es aus 12.500 Plastikflaschen gebaut und schippern damit durch den Pazifik, vorbei an Inseln aus Plastik. Danach entbrennt eine Diskussion. „Daran kann man eh nichts ändern“, meint ein Schüler. Seine Klassenkameradin ist anderer Meinung: „So etwas muss verboten werden.“

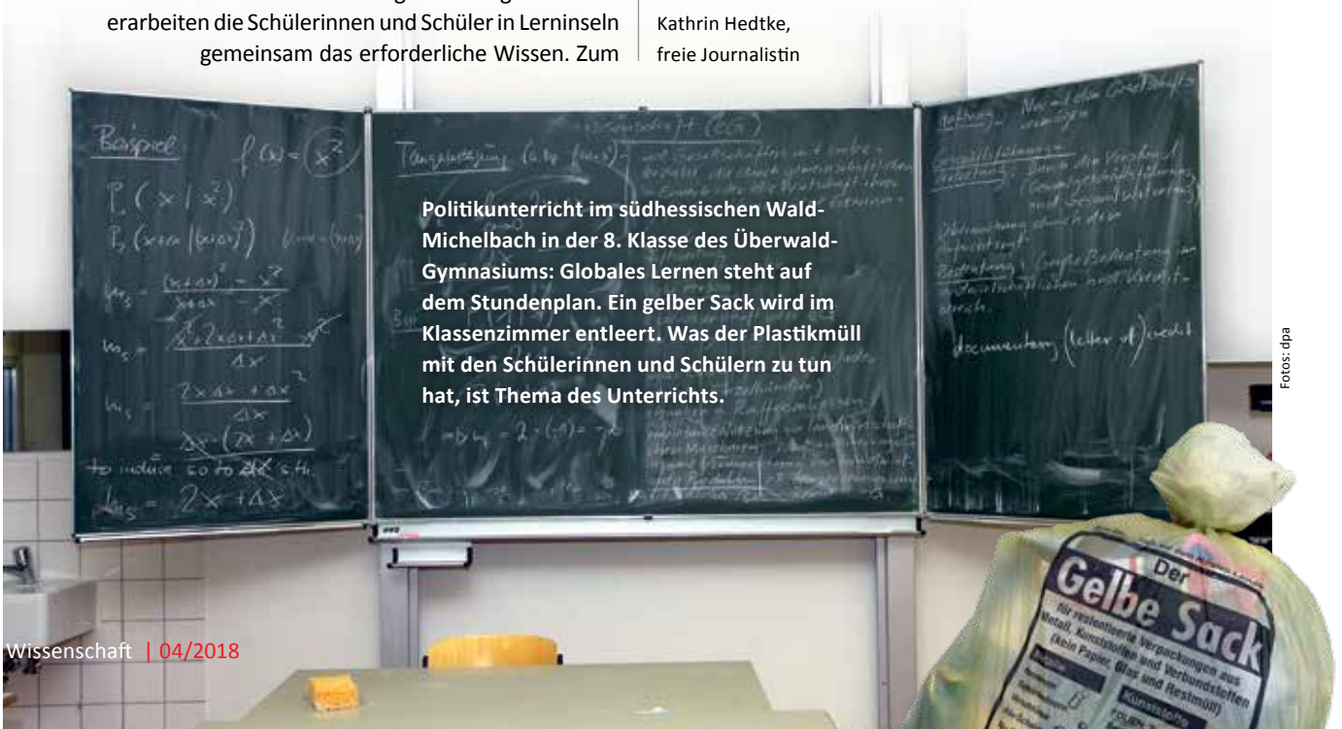
Beim problem- und handlungsorientierten Unterricht, erklärt Füchter, gehe es zunächst darum, die Jugendlichen auf ein Problem aufmerksam zu machen – und Fragen anzuregen. Danach erarbeiten die Schülerinnen und Schüler in Lerninseln gemeinsam das erforderliche Wissen. Zum Beispiel, dass jeder Mensch in Deutschland pro Jahr 136 Kilo Plastikmüll produziert. Oder dass es 450 Jahre dauert, bis eine Plastikflasche verrottet. Mit Tablets dürfen die Jugendlichen auf bestimmten Websites recherchieren. Sie finden heraus, vor welchen Produkten der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) besonders warnt und was Greenpeace fordert, aber auch, wie Nahrungsmittelkonzerne zu dem Problem Stellung beziehen. Eine Exkursion zum regionalen Abfallentsorgungsbetrieb mit Expertengespräch macht das Thema noch anschaulicher.

Wahrnehmen, beurteilen, handeln

Möglich seien solche Projekte nur, weil in Hessen durchgängig zwei Stunden Politik und Wirtschaft pro Woche auf dem Stundenplan stehen, erklärt der Lehrer; in der 9. Klasse drei Stunden. Schülerinnen und Schüler der Oberstufe können das Fach auch als Leistungskurs wählen, mit fünf Wochenstunden. „Mit einer Stunde pro Woche – wie in manchen Bundesländern – kann man so ein Projekt kaum machen“, erklärt Füchter. Zum Glück habe politische Bildung in Hessen eine starke Tradition. Als Grundsatz gelte: Schülerinnen und Schüler sollen Politik wahrnehmen, beurteilen und danach handeln können.

Auch beim Plastikmüll stellt sich für alle die Frage: „Was können wir selbst tun?“ Die Jugendlichen überlegen, welche Möglichkeiten sie haben, Abfall zu reduzieren: Stoffbeutel statt Plastiktüte, Keramiktasse statt Wegwerfbecher. „In dem Moment kommen wir weg vom problem- hin zum handlungsorientierten Unterricht“, sagt der 45-Jährige. Die Schülerinnen und Schüler lernen, dass es Alternativen gibt. Zugleich wird aber die Frage aufgeworfen: Inwiefern ist auch der Staat in der Pflicht? Es soll deutlich werden: „Wir alle haben eine Verantwortung. Nicht nur als Konsumenten, sondern auch als politische Bürger und Bürgerinnen.“ Darum, ist Füchter überzeugt, gehe es bei gutem Politikunterricht.

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin



Politikunterricht im südhessischen Wald-Michelbach in der 8. Klasse des Überwald-Gymnasiums: Globales Lernen steht auf dem Stundenplan. Ein gelber Sack wird im Klassenzimmer entleert. Was der Plastikmüll mit den Schülerinnen und Schülern zu tun hat, ist Thema des Unterrichts.

Fotos: dpa

MARLIS TEPE

Foto: Kay Herschelmann

Schulterschluss!

Die GEW hat lange vor der kommenden Bildungsmisere gewarnt. Sie hat einen Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen gefordert, damit das Bildungswesen materiell, räumlich und vor allem mit gut qualifiziertem Personal – am besten mit multiprofessionellen Teams – ausgestattet werden kann und die Arbeitsbedingungen stimmen. Doch an all dem mangelt es jetzt. Nun aber scheint es ein kleines Zeitfenster dafür zu geben, die drängenden Aufgaben neu und gemeinsam anzupacken:

- Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag einen Nationalen Bildungsrat vorgesehen und will das Kooperationsverbot mit Blick auf die Bildungsinfrastruktur aufheben.
- Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat nach dem Gespräch mit den Gewerkschaften am 15. März angekündigt, dass sie „die künftige länderübergreifende Zusammenarbeit in Kernfragen der Bildungspolitik fortentwickeln“ und „ein ländergemeinsames Konzept für den Nationalen Bildungsrat als Verhandlungsgrundlage mit der Bundesregierung erarbeiten“ will.

Die GEW drängt darauf, dass auch die Kommunen in den Schulterschluss einbezogen werden. Denn diese sind dafür zuständig, den Sanierungsstau aufzulösen sowie neue Schulen und Kitas zu bauen. Sie haben auch die Verantwortung, die Digitalisierung umzusetzen. Das sind große Aufgaben, die nicht leicht zu bewältigen sind. Nicht zuletzt deshalb, weil die Finanzkraft der Kommunen sehr unterschiedlich ist. Es darf aber nicht dabei bleiben, dass das Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche vom Wohnort abhängig ist. Für gleichwertige Lebensverhältnisse ist der Staat – und das sind Bund, Länder und Kommunen – verantwortlich. Um das leisten zu können, benötigen die Kommunen mehr Geld von Bund und Ländern. Der Staat ist auch dafür verantwortlich, dass alle Kinder und Jugendlichen gute Chancen haben. Er muss Nachteile ausgleichen, die etwa durch Armut, bildungsferne Elternhäuser, die Not alleinerziehender Mütter und Väter oder Migration entstehen. Der Bund muss Steuern so erheben und die Gelder so verteilen, dass die Kommunen und die Länder in der Lage sind, ihre Aufgaben gut zu erfüllen: Schulen im Brennpunkt etwa benötigen zusätzliche Ressourcen und bestes Personal. Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen, Erzieher, Lehrkräfte und weitere pädagogische Fachkräfte. Um den dramatischen Fachkräftemangel zu bekämpfen, benötigen auch die Länder mehr Geld. Große Aufgaben für alle, die in der Bildungs- und Finanzpolitik Verantwortung tragen!

Zudem gibt es ein besonderes Zeitfenster: Denn die Ausgestaltung von Politik hängt auch von den handelnden Personen ab. Die neue Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) hat gesagt: „Wir müssen uns in Deutschland in der Bildungspolitik mehr zusammenraufen.“ Sie wird auf die KMK zugehen. Die GEW hat ihr in einem Glückwunschschreiben Zusammenarbeit und Expertise angeboten. Die Ministerin sollte dieses Angebot annehmen und die GEW als Vertretung der im Bildungsbereich Beschäftigten unbedingt einbeziehen. Denn überall da, wo die Regierenden die Interessen der Beschäftigten ernst nehmen und diese mit ins Boot holen, kann gute Bildung besser gelingen. KMK-Präsident Helmut Holter (Die Linke), Kultusminister in Thüringen, will diese Zusammenarbeit ausdrücklich verstärken (s. S. 10 f.). Auch der Sprecher der SPD-geführten Länder, Schulsenator Ties Rabe (Hamburg/SPD), und ehemalige Sprecher der unionsgeführten Länder, Ex-Kultusminister Ludwig Spaenle (Bayern/CSU), haben im Gespräch zwischen KMK und Gewerkschaften deutlich Handlungsnotwendigkeiten bestätigt. Jetzt gilt es, uneitel parteiübergreifend an einem Strang zu ziehen, um die dramatische Situation ernsthaft zu verbessern. Ich rufe den Politikern und Politikerinnen zu: Packen Sie es an! Wir unterstützen, wo es geht! Wir werden aber den Finger in die Wunde legen und kämpfen, wenn es nötig ist!

Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

Cartoon: Freimut Woessner

Im Verschleißmodus

// Ein Arbeitsalltag jenseits der Belastungsgrenze, das ist mittlerweile Realität für viele Lehrerinnen und Lehrer an Bremer Grundschulen. Das Übermaß der Anforderungen gefährde die pädagogische Qualität des Unterrichts und die Gesundheit der Beschäftigten, warnen nach den Ergebnissen einer gemeinsamen Studie das Bremer „Institut für interdisziplinäre Schulforschung“ (ISF) und der Grundschulverband (GSV). //

Es ist nicht wenig, was die Bremer Bildungsbehörde von ihren Beschäftigten erwartet. Und sie hat ihre Wünsche in einer Fülle von Verordnungen präzise formuliert. Unter anderem hat eine Lehrkraft in der Hansestadt je Schuljahr mindestens 30 Stunden Fortbildung zu absolvieren. Sie hat über die Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler sowie die eigene Arbeit ständig Buch zu führen und diese Aufzeichnungen Eltern und Schülern auf Nachfrage offenzulegen. Sie soll sich auch außerhalb des Unterrichts um ihre Schutzbefohlenen kümmern, sich mit deren Lebensverhältnissen soweit vertraut machen, dass sie „zu angemessenem erzieherischem Verhalten in der Lage ist“. Deswegen sind Hausbesuche und Kooperation mit familiären und sozialen Beratungsstellen Pflicht.

Seit 2015 gibt es zudem an Bremer Grundschulen ein neues System zur Messung des Lernerfolgs, das an die Stelle der grobschlächtigen Notenskala von eins bis sechs treten sollte. Die „Kompetenzorientierte Leistungsrückmeldung“, kurz „KompoLei“, bringt zusätzliche Anforderungen mit sich. Lehrkräfte sollen Leistungsnachweise gemäß definierten Prozessen und Materialien erstellen und den Eltern mitteilen. Sie sollen detailliert beschreibende Entwicklungsübersichten anfertigen, und zwar in vier Kompetenzbereichen, die in zehn Fähigkeitsstufen zu differenzieren sind – dies alles neben dem Unterrichtsalltag für bis zu 25 Schülerinnen und Schüler einer Klasse. Jede Lehrerin, jeder Lehrer soll dabei so gründlich verfahren, dass das Ergebnis „gerichtsfest“ ist, denn die „KompoLei“ bestimmt über Bildungskarrieren. Ist das zu schaffen?

Maximalstress

Eigentlich nicht, meinen sechs Bremer Grundschulkollegien, die im vorigen Jahr an einer Erhebung von ISF und GSV mitwirkten.* Demnach empfinden mehr als 50 Prozent der Befragten die Anfertigung von Lernentwicklungsberichten und Zeugnissen als psychisch „sehr belastend“, was dem Spitzenplatz auf einer vierstufigen Stress-Skala

entspricht. Für ein Drittel der Befragten bedeutet der Kontakt mit Behörden Maximalstress, für 82 Prozent auffälliges Schülerverhalten, für die Hälfte der Lehrerschaft der Lärm im Schulalltag. Und zwei Drittel empfinden die „gelegentlich schlimmen innerfamiliären Verhältnisse“ in Elternhäusern als psychisch sehr belastend.

Insgesamt zeigt auch die Bremer Studie, dass Grundschullehrkräfte sich durch ein hohes Maß an Berufszufriedenheit auszeichnen. Für 84 Prozent der Befragten ist die pädagogische Arbeit eine wesentliche Quelle von Freude und Spaß. Zugleich leiden sie unter dem Druck übermäßiger Anforderungen am Gefühl des Ungenügens. Sie beklagen, dass ihnen Zeit und Kraft fehlten, um sich einzelnen Schülerinnen und Schülern in dem Maße zuzuwenden, wie sie es selbst für erforderlich halten. Auch die Unterrichtsqualität genüge den eigenen Ansprüchen nicht.

Leidensdruck bleibt gleich

Das ISF war bis 2008 eine Einrichtung der Bremer Uni und wird seither vom emeritierten Institutsleiter Hans-Georg Schönwälder sowie mittlerweile drei weiteren Wissenschaftlern und Praktikern in privater Trägerschaft weitergeführt. „Wir sind vier Großväter, die sich darum sorgen, dass ihre Enkel auch noch ordentliche Schulen kriegen“, sagt Helmut Zachau, Koautor der Studie. Der Untersuchung lag ein Fragebogen zugrunde, den das ISF bereits 1999 bei einer gleichlautenden Erhebung im Auftrag des Bremer Senats benutzt hatte. Im Vergleich zeichnet sich nach Zachaus Worten als Ergebnis ab, dass das Niveau der empfundenen Belastung unverändert geblieben ist. Es gebe allerdings einen markanten Unterschied. Vor zwei Jahrzehnten waren über 50 Prozent der Befragten älter als 50 Jahre, diesmal waren es nur 25 Prozent. Das heißt: Eine im Durchschnitt jüngere Lehrerschaft erlebt heute schon denselben Leidensdruck wie die damals Älteren. Die Betroffenen seien „deutlich eher im Verschleißmodus“, sagt Zachau.

Anders als vor zwei Jahrzenten wird in der vorliegenden Studie zusätzlich ein objektiver Befund erhoben, der die Äußerungen der Befragten ergänzt. Die Autoren gleichen die von Lehrkräften verlangte Leistung mit der gesetzlich verfügbaren Arbeitszeit ab. Dazu haben sie aus den Bremer Schulverordnungen 55 Einzelaufgaben destilliert – von „Unterrichten“ bis „Dokumentation der Fortbildungsaktivitäten“ – und neun der so ermittelten Anforderungen jeweils mit vorsichtig kalkulierten jährlichen Zeitbudgets unterlegt. In der Summe ergab sich, dass eine einzelne Lehrkraft allein für die ausgewählten neun Tätigkeiten bereits 1.743 Stunden aufwenden muss – nicht viel weniger als die gesetzlich fixierte Jahresarbeitszeit von 1.780 Stunden im öffentlichen Dienst. Folge einer Bildungspolitik, die Schulen mit immer weiteren Innovationen befrachte, ohne das Verhältnis zwischen Aufgabenvolumen und verfügbarer Arbeitskraft zu beachten, meinen die Autoren.

Die Bremer GEW sieht sich durch die Studie in der Forderung bestätigt, die Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an Grundschulen zu ermäßigen. Diese sei mit 28 Wochenstunden „viel zu hoch“, sagt Landesvorstandssprecher Bernd Winkelmann. Dringend erforderlich sei auch, die Anforderungen an Lernentwicklungsberichte zu reduzieren. Eine seriöse Einschätzung von Schülerleistungen sei auch mit deutlich geringerem als dem „KompoLei“-Aufwand möglich. Schließlich gelte es, die finanzielle Attraktivität des Lehramts an Grundschulen zu steigern, um dem Personalmangel gegenzusteuern.

Winfried Dolderer,
Publizist und Historiker

*www.isf-bremen.de

Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Die multimodale Schmerztherapie ist der Goldstandard in der Versorgung von chronischen Schmerzpatienten.

Die Effektivität dieser Therapie hängt aber entscheidend von der Behandlungsintensität, -qualität und -dauer ab. Bei uns liegt die Behandlungsdauer bei mindestens drei Wochen. So ist es möglich, eine chronische Schmerzerkrankung nachhaltig zu behandeln.

Service-Paket für den Krankenhausbereich

- Unsere Leistungen entsprechen denen eines Krankenhauses der Maximalversorgung (z. B. Universitätsklinik).
- Die privaten Krankenkassen und die Beihilfe übernehmen die Behandlungskosten der multimodalen Schmerztherapie im Rahmen einer medizinisch notwendigen stationären Heilbehandlung, wenn der Versicherer diese vor Beginn der Behandlung schriftlich zugesagt hat.
- Den Aufnahmetermin stimmen wir mit Ihnen ab.

Wir beraten und unterstützen Sie individuell bei allen Fragen zur stationären Aufnahme und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!

Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10
97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 5493-44
Fax: 07931 5493-50
E-Mail: schmerzklinik@schmerzklinik.com

Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198

www.schmerzklinik.com

Sackgasse für junge Geflüchtete?

// Viele geflüchtete Jugendliche werden an sogenannten segregierten Schulen unterrichtet, deren Schülerschaft mehrheitlich Migrationshintergrund hat und aus sozial benachteiligten Familien stammt. Eine Studie des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration beschreibt die Lernbedingungen an ausgewählten Standorten in fünf Bundesländern. //

Schulen an sozial benachteiligten Standorten können junge Geflüchtete häufig nicht ausreichend unterstützen, weil die dort arbeitenden Lehrkräfte ohnehin schon stark belastet sind. Das ist ein Ergebnis der Studie „Schule als Sackgasse? Jugendliche Flüchtlinge in segregierten Schulen“ des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Ausgewertet wurden Interviews mit Lehrkräften auf Zeit der gemeinnützigen Bildungsorganisation Teach First Deutschland über den Unterrichtsalltag an 56 weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen.

Etwa 130.000 jugendliche Geflüchtete hat das deutsche Bildungssystem seit 2015 aufgenommen. Die meisten werden zunächst Vorbereitungsklassen in segregierten Schulen zugewiesen. Laut Studie bemühen sich ihre Lehrkräfte in der Regel sehr intensiv darum, die jungen Menschen mit individueller Förderung auf den Regelunterricht vorzubereiten. Das ändert sich, sobald die Jugendlichen in den Regelklassen ankommen: Hier fördern laut Studie nur wenige Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler individuell. So seien viele junge Geflüchtete gefährdet, „einen Abschluss weit unter ihren Möglichkeiten zu erreichen oder die Schule abzubrechen“. Für einen erfolgreichen Bildungsweg bräuchten sie erheblich mehr sprachliche, fachliche, sozialpädagogische und mitunter auch psychologische Unterstützung.

Mangelnde Zusammenarbeit

Während die Zusammenarbeit der Lehrkräfte in den Vorbereitungsklassen laut Studie „noch verbesserungsfähig“ ist, finde sie in Regelklassen kaum mehr statt. Fördermaßnahmen würden nicht ausreichend abgestimmt. Das hat Gründe: Laut Studie erschweren die bekannt ungünstigen Rahmenbedingungen an segregierten Schulen einen intensiveren Austausch unter den Lehrkräften. Denn diese sind stärker mit sozial und emotional herausfordernden Jugendlichen konfrontiert; sie haben entsprechend weniger Zeit für Absprachen und gemeinsame Unterrichtsvorbereitungen als Kolleginnen und Kollegen in Schulen an sozial begünstigteren Standorten.

Bildungssituation Geflüchteter in Europa

Eine neue Publikation der Bildungsinternationale vergleicht die Bildungssituation von Geflüchteten in Deutschland, Italien, Spanien und Schweden. Beleuchtet wird auch die Rolle der Bildungsgewerkschaften. Download der Broschüre „Education: Hope for Newcomers in Europe” (auf Englisch): http://go.ei-ie.org/HopeForNewcomers M.L.

Die soziale Entmischung in Schulen und ihre Folgen sind ein grundsätzlicher bildungspolitischer Missstand, auf den die GEW seit vielen Jahren hinweist. Auch Winfried Kneip, Geschäftsführer der Stiftung Mercator, die die SVR-Studie gefördert hat, fordert „mehr systematische Unterstützung für segregierte Schulen“. Die Forscher schlagen vor, diesen Schulen „entsprechend ihrer Situation“ mehr Lehrerinnen und Lehrer zuzuweisen. Langfristig solle die Lehrkräfteausbildung besser darauf vorbereiten, „eine Schülerschaft zu unterrichten, die unterschiedliche kulturelle und sprachliche Hintergründe hat sowie aus unterschiedlichen sozialen Schichten stammt“, so SVR-Geschäftsführerin Cornelia Schu. Letzteres sei ohnehin viel ausschlaggebender für den Bildungserfolg als der Migrationshintergrund. Die Studie fordert dazu auf, eine weitere Segregation im deutschen Schulsystem zu verhindern und empfiehlt, bei der Zuweisung junger Geflüchteter die Zusammensetzung der Schülerschaft vor Ort zu berücksichtigen. „Das soziale Umfeld beeinflusst die Bildungschancen von Kindern hierzulande stark“, so Kneip, „stärker als im Durchschnitt der OECD-Länder. Das war schon vor der verstärkten Flüchtlingsaufnahme so.“

Foto: dpa

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

www.svr-migration.de/publikationen/bildungsintegration/

Viele junge Geflüchtete landen in segregierten Schulen. Werden sie in den Vorbereitungsklassen noch intensiv betreut, nimmt die individuelle Förderung in den Regelklassen ab. Grund: Es gibt zu wenige Lehrkräfte.

Warnstreiks sind die richtige Antwort

// Auch in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Auf diese Provokation haben Gewerkschaften und Arbeitnehmer mit einer Ausweitung der Warnstreiks geantwortet. Sie verliehen damit ihrer Forderung nach 6 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro noch einmal Nachdruck. //

Mitte März in Potsdam: Die Arbeitgeber bewegen sich vorsichtshalber einmal gar nicht. Sie beharren auf ihrer Position, dass die Forderung der Gewerkschaften falsch sei: sowohl mit Blick auf die Höhe des verlangten Gehaltszuwachses als auch auf dessen Struktur. Gemeint ist damit: Die Gewerkschaften fordern zu viel Geld – ein Argument, das die Arbeitgeber gebetsmühlenhaft von Jahr zu Jahr, von Tarifrunde zu Tarifrunde wiederholen. Zudem sind sie der Ansicht, dass – wenn es denn schon Lohnzuwächse geben muss – diese in den oberen Gehaltsgruppen ankommen sollen und nicht in den unteren. Hier hätten sie, wenn überhaupt, Probleme, qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Von den mindestens 200 Euro, die die Gewerkschaften für die Beschäftigten erstreiten wollen, würden dagegen die niedriger eingruppierten Arbeitnehmer überproportional profitieren. Das Argument der Arbeitgeber überzeugt nicht wirklich. Schaut man beispielsweise in den Kita-Bereich – und niemand wird behaupten, dass Erzieherinnen zu den Top-Verdienern im öffentlichen Dienst gehören –, kämpfen die Einrichtungen seit langem mit einem enormen Fachkräftemangel, der sich in den kommenden Jahren noch einmal deutlich ausweiten wird. Zehntausende Erzieherinnen fehlen bereits heute in den Kitas, manche Berechnungen – wie etwa die des Deutschen Jugendinstituts – gehen für die nächsten Jahre von bis zu 600.000 aus.

Wann, wenn nicht jetzt?

Das heißt aber nicht, dass in Potsdam nichts passiert ist. Die Spitzenverhandler der Gewerkschaften und Arbeitgeber haben mehrere Runden gedreht. In diesen ging es in erster Linie um einzelne Beschäftigtengruppen. Die Gewerkschaften wollen Verbesserungen bei der Wechselschicht- und Schichtarbeit erreichen und den Zuschlag für Samstagsarbeit in Krankenhäusern sowie Pflege- und Betreuungseinrichtungen erhöhen. Die Arbeitgeber fordern, die Beschäftigten der Sparkassen von der Lohnentwicklung abzukoppeln, weil die Zukunft des Bankgeschäfts ungewiss sei. Das erstaunt dann nun doch, haben die kommunalen Geldhäuser doch gerade ihr Eigenkapital um 4,6 Milliarden Euro gestärkt und darüber hinaus noch 2,2 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Offenbar wollen die Arbeitgeber mit einer harten Position bei den Sparkassen die Höhe des gesamten Gehaltsabschlusses drücken. Die Gewerkschaften verwiesen demgegenüber auf die kräftig gestiegenen Steuereinnahmen der öffentlichen Hand. „Wann, wenn nicht jetzt soll es einen ordentlichen Lohnzuwachs geben?“, fragte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. „Der Staat hat im vergangenen Jahr einen Überschuss von 38,4 Milliarden Euro eingefahren. Dafür haben die Beschäftigten mit ihrer Arbeit die Voraussetzungen geschaffen, jetzt müssen sie an dieser Entwicklung beteiligt werden.“ Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft sind die Gehälter im öffentlichen Dienst seit 2000 rund 4 Prozent weniger stark gewachsen. Steigende Reallöhne sind wichtig, um die Binnenkonjunktur weiter anzukurbeln. Zudem verlangen die Gewerkschaften, dass die Jahressonderzahlung Ost bei den Kommunen endlich an das Westniveau angeglichen wird. Fast 30 Jahre nach der deutschen Einheit zahlen die Ost-Kommunen nur 75 Prozent der Sonderzahlung im Westen.

Tarifvertrag notwendig

Und dann hat die GEW noch ein spezifisches Anliegen: In Bayern stellt sich nämlich eine ganz spezielle Aufgabe. Sind Lehrkräfte in der Regel beim Land beschäftigt, gibt es im Freistaat auch rund 3.000 Lehrerinnen und Lehrer, die bei den Kommunen angestellt sind. Für diese Gruppe gibt es keinen Entgelttarifvertrag. Die GEW drängt schon seit längerem darauf, mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern Verhandlungen aufzunehmen. Jetzt soll der Mitgliederversammlung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) während der dritten Verhandlungsrunde Mitte April ein Beschluss vorgelegt werden, damit die Tarifverhandlungen mit der GEW über die Eingruppierung der kommunalen Lehrkräfte endlich in Gang kommen.

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Die dritte und voraussichtlich letzte Verhandlungsrunde findet am 15. und 16. April in Potsdam statt.

Warnstreiks von Flensburg bis

// **Nach der zweiten Verhandlungsrunde für die 2,3 Millionen im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten, in der die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt hatten (s. S. 25), hat die GEW ihre Warnstreiks ausgeweitet. Ende März legten bundesweit Kolleginnen und Kollegen die Arbeit nieder.** //

Foto: Inge Kleemann

Eine Woche nach der zweiten Verhandlungsrunde Mitte März zogen in Bremen und Bremerhaven streikende Kolleginnen und Kollegen in mehreren Demonstrationszügen durch die Straßen, um der Forderung der Gewerkschaften nach 6 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 200 Euro Nachdruck zu verleihen.

Foto: Ulrike Baer

In Baden-Württemberg protestierten rund 2.500 Beschäftigte, darunter Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie weitere sozialpädagogische Fachkräfte, für 6 Prozent mehr Gehalt. „Zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen von ver.di haben die GEW-Mitglieder heute klargemacht, dass die Beschäftigten von den Arbeitgebern endlich ein Angebot erwarten“, sagte GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz in Stuttgart.

Foto: Angela Bankert

Erlangen

Alle Infos zur Tarifrunde finden Sie stets aktuell auf der GEW-Website unter: www. gew.de/tarifrunde. Hier können Sie sich auch in den E-Mail-Newsletter „Tariftelegramm TVöD“ eintragen.

Foto: GEW Schleswig-Holstein

Drei Warnstreikaktionen starteten in Schleswig-Holstein: In Kiel zogen rund 1.000 Streikende, darunter mehrere Hundert Beschäftigte aus Kindertagesstätten, zum Rathaus. Viele Kitas in der Landeshauptstadt blieben geschlossen, andere arbeiteten nur mit einer Notbesetzung. GEW-Landesgeschäftsführer Bernd Schauer bilanzierte: „Die Beschäftigten haben an die Arbeitgeber das spürbare Signal gesendet, dass sie keine Lust mehr haben, bei den Einkommenssteigerungen hinter der Gesamtwirtschaft zurückzubleiben.“

In Erfurt beteiligten sich Beschäftigte am Warnstreik und an Protesten auf dem Willy-Brandt-Platz. Elternbeiratsvorsitzende Katrin Riemer sagte: „Wir Elternvertreter sollten viel öfter Kante zeigen und uns für unsere Erzieherinnen und Erzieher stark machen. Denn nur wenn es ihnen gut geht, geht es unseren Kindern gut. Dafür sollte nicht nur mehr Geld fließen, sondern auch der Betreuungsschlüssel überdacht werden.“

Foto: Nadine Hübner

Foto: Christian Hoffmann

Foto: Mario Schwandt

Auch in anderen Städten in Baden-Württemberg sowie in Nordrhein-Westfalen folgten Beschäftigte den Warnstreikaufrufen der Gewerkschaften. Zudem gab es Aktionen in Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, im Saarland und in Hamburg.

Text: Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Mütter und Väter, die ihr Referendariat machen, erwarten von der Schule oder den Seminarleitungen mehr Verständnis für ihre Situation. Besonders Alleinerziehende haben es schwer.

Foto: dpa

Referendariat muss familienfreundlicher werden

// Referendariat mit kleinen Kindern? „Davon kann ich nur abraten!“, sagt Sonja Schulz*. Im Februar 2014 hatte die heute 40-Jährige in Bremen ihren Vorbereitungsdienst für das Lehramt begonnen. Ihre beiden Söhne waren zu diesem Zeitpunkt vier und sieben Jahre alt. Die Hälfte der Woche wohnen sie bei ihrem Vater, von dem Schulz getrennt lebt. //

Wenn sie heute an diese anderthalb Jahre denkt, dann erinnert sich Schulz an eine fortwährende Zerreißprobe: zwischen den Anforderungen, die Ausbilderinnen, Ausbilder und Schule an sie stellten, und den Bedürfnissen ihrer Kinder.

Anstrengend sei ein Referendariat fast immer – aber mit Kindern, sagt die Deutsch- und Kunstlehrerin, gebe es keine Möglichkeit, sich zwischendurch zu erholen. Eine Mitreferendarin habe sich einmal darüber beschwert, dass sie an einem Sonntag die Unterrichtsvorbereitung machen musste. „Das war mein Hauptarbeitstag, weil die Kinder bei ihrem Vater waren.“ Stets sei es darum gegangen, die Kinder weg zu organisieren, damit sie an den Schreibtisch konnte – und wenn die Jungen krank waren, musste sie eben nachts arbeiten. Darunter litt das Familienleben. „Ich habe mich immer auf den Samstag gefreut, damit wir mal etwas Schönes zusammen machen können“, sagt sie. Meistens habe sie sich dann im Spielzimmer auf den Teppich gelegt – und sei eingeschlafen.

Geholfen hätte ihr mehr Verständnis der Schule und der Seminarleitung für ihre Situation. Und: weniger Termine am Wochenende und am Nachmittag, wenn Kita und Hort schon geschlossen haben. Eine Ausbildungsleiterin habe keine Fehlzeiten geduldet. „Einmal sagte mir die Babysitterin kurzfristig ab, und meine Schwiegermutter, die manchmal einsprang, hatte einen Autounfall.“ Das interessierte ihre Seminarleiterin nicht. Von ihr musste sie sich anhören, dass andere Referendarinnen und Referendare auch ihre Probleme hätten und es trotzdem schafften, sich zu organisieren.

Von ähnlich schlechten Erfahrungen berichten viele, die das Referendariat als Eltern kleiner Kinder absolviert haben. Auch Stefanie Frischling, Leiterin des Fachbereichs Junge GEW in Baden-Württemberg, kennt solche Geschichten. „Wir haben jede Woche eine Anfrage zu dem Thema“, sagt sie. Der Wunsch, Familie und Ausbildung zu vereinbaren, steige auch bei angehenden Lehrkräften. Frischling weiß, dass es vor allem Alleinerziehende schwerer haben. „Eine Frau flog aus dem Seminar, weil sie drei Mal nicht kommen konnte.“ Dabei sei es doch möglich, verpasste Sitzungen selbstständig nachzuholen und durch eine schriftliche Zusammenfassung zu belegen, dass man den Stoff draufhat, findet sie.

Junge GEW ist aktiv

Um Referendarinnen und Referendaren mit Kindern eine bessere Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie zu ermöglichen, hat die Junge GEW in Baden-Württemberg Forderungen an die Landesregierung gestellt. Dazu gehört, dass Eltern bei der Auswahl von Schulen und Seminarplätzen bevorzugt behandelt werden sollen. „Ich weiß von einer Alleinerziehenden mit zwei schulpflichtigen Kindern, die musste 80 Kilometer zur Schule und 60 Kilometer zum Seminar fahren.“ Bereits erfolgreich war die Junge GEW mit ihrem Kampf für ein Teilzeitreferendariat. Das von einer grün-schwarzen Koalition regierte Baden-Württemberg will ein solches zum Frühjahr 2019 einführen.

Mehrere Bundesländer haben dies schon getan, die Regelungen sind unterschiedlich. In Niedersachsen etwa können Referendarinnen und Referendare zwischen zwei Modellen wählen. In einem Fall ist nur die Unterrichtszeit reduziert, im anderen gilt dies auch für die Seminarverpflichtungen. Dann verlängert sich die Ausbildungsdauer auf bis zu 36 Monate. Weil nach diesem Modell die in der Lehrverordnung fest-

gelegten Ausbildungsstrukturen verlassen werden, soll „die Seminarleitung zu Beginn der Ausbildung im Einvernehmen mit der Ausbildungsschule und der Lehrkraft einen individuellen Ausbildungsplan entwickeln“, schreibt ein Sprecher des Kultusministeriums.

Doch das wird nach den Erfahrungen des Geschäftsführers der GEW Niedersachsen, Rüdiger Heitefaut, nur selten umgesetzt. „Die Schulen und die Seminarleitungen fremdeln mit dem Teilzeitreferendariat“, sagt er. In der Konsequenz müssten die Teilzeitreferendarinnen und -referendare an demselben Programm teilnehmen wie alle anderen. „Das ist derselbe Stress, nur schlechter bezahlt und auf längere Zeit.“ Deshalb sollte die Teilzeit-Variante aus seiner Sicht in einem eigenen Zug an ausgewählten Standorten angeboten werden.

Ähnlich sieht es Matthias Jähne, Referent im Vorstandsbereich Hochschulen und Lehrer*innenbildung bei der GEW Berlin. Die Fachseminare seien nicht modularisiert, deshalb könnten die Teilzeit-Teilnehmenden ihre Verpflichtungen nicht über einen längeren Zeitraum strecken: „Viele sind dann in 18 Monaten mit ihrem Programm durch und müssen noch ein halbes Jahr weitermachen.“

Erster Schritt

Und das für wesentlich weniger Geld. In Baden-Württemberg, sagt Frischling, laufe das bei einer Reduzierung auf 60 Prozent auf monatlich 600 Euro netto hinaus – zweieinhalb Jahre lang. „Das ist zu wenig, wir fordern, dass das Gehalt für Familien aufgestockt wird.“

Für Frauke Gützkow, Leiterin des Bereichs Frauenpolitik bei der GEW, ist das Teilzeitreferendariat ein erster Schritt. Zudem müssten sich das Klima und die Rahmenbedingungen des Referendariats grundsätzlich verändern. „Was gut für Eltern mit Kleinkindern ist, verbessert auch die Ausbildungsbedingungen für andere“, sagt Gützkow.

Sie weist darauf hin, dass auch die Landesgleichstellungsgesetze regeln, dass Elternschaft nicht zu Nachteilen in der beruflichen Entwicklung führen dürfe: „Neben Teilzeitbeschäftigung sind auch familiengerechte Arbeitszeitregelungen und Arbeitsorte anzubieten. Hier unterstützen die Gleichstellungsbeauftragten in Schulämtern oder die Ansprechpartnerinnen für Gleichstellung an den Schulen.“

Letztendlich dürfe die bessere Vereinbarkeit von Referendariat und Familie keine individuelle Herausforderung sein, sondern sei eine Aufgabe für Studienseminare, Schule und Ausbilderinnen. „Es kann nicht dabei bleiben, dass man Eltern viel Glück wünschen muss, wenn sie ihr Referendariat beginnen.“

Eiken Bruhn,
freie Journalistin

*Name geändert

Der versteckte Mangel

// Auf den ersten Blick scheint es in Schleswig-Holstein keinen gravierenden Lehrkräftemangel zu geben: Das Online-Suchportal der Landesregierung listet nur wenige offene Stellen. In Wirklichkeit fehlt vor allem an Grundschulen sowie beruflichen Schulen auf dem Land immer mehr pädagogisches Personal. Und die große Pensionierungswelle steht noch bevor. //

Der Speisesaal ist an diesem Tag Klassenzimmer: Rund 50 Mädchen und Jungen sitzen in kleinen Gruppen an den runden Tischen, die Köpfe sind über Hefte und Bücher gebeugt. Obwohl die meisten Kinder konzentriert arbeiten, liegt leises Stimmengewirr in der Luft. „Fachkräftemangel live“, sagt Dörte Simonsen*. Die erfahrene Lehrerin gehört dem Leitungsteam ihrer Grundschule an, die in einer Kleinstadt an der Westküste von Schleswig-Holstein liegt. Die Schule muss nicht nur zur Grippezeit mit zu wenig Personal auskommen. Schon an normalen Tagen sitzen 32 Kinder in einer Klasse. Meldet sich eine weitere Kollegin krank, werden Gruppen zusammengelegt. Kein Einzelfall: „Der Lehrermangel springt uns förmlich an“, sagt die Landtagsabgeordnete Jette Waldinger-Thiering vom Südschleswigschen Wählerverband (SSW).

In der Grundschule an der Küste ertönt der Pausengong, in der Landeshauptstadt Kiel diskutiert unterdessen das Parlament über die Unterrichtsversorgung. Während die Politik streitet, behelfen sich die Schulen im Land zwischen Nord- und Ostsee notgedrungen pragmatisch. Pensionäre werden aus dem Ruhestand zurückgeholt, vor allem aber stehen immer öfter Fachfremde im Klassenzimmer.

„Wir suchen ständig“

Auf den ersten Blick scheint die Lage entspannt: Das Online-Suchportal der Landesregierung nennt nur 20 freie unbefristete Stellen und vier Angebote für Vertretungskräfte. Doch die Wahrheit sieht anders aus: „Wir suchen ständig“, sagt Simonsen. „Und das geht vielen Schulen so.“ In der Regierung ist das Problem angekommen. „Sie laufen bei mir offene Scheunentore ein“, sagte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) im November 2017. Damals hatte die GEW mit Pappfiguren vor dem Ministerium demonstriert – jede stand für eine Lehrkraft, die irgendwo im Land fehlt.

„100 Prozent Unterrichtsversorgung“ hatte die CDU im Landtagswahlkampf 2017 versprochen, und schon im November, nach der gewonnenen Wahl, erklärte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) das Ziel für erreicht. Auf Nachfrage des SPD-Bildungsexperten Martin Habersaat räumte das Bildungsministerium jedoch ein, dass 100 Prozent nicht 100 Prozent abdecken, sondern „den Stellenbedarf der Kontingentstundentafel inklusive der Berücksichtigung weiterer rechtlicher Vorgaben“ – sprich: Eine Stunde, die ausfällt, weil eine Lehrkraft wegen Leitungsaufgaben anderweitig beschäftigt oder auf Klassenfahrt ist, gilt auf dem Papier als Unterricht.

„Das Problem des Fachkräftemangels ist nicht allein in Schleswig-Holstein zu be-

„Wir suchen ständig“, ertönt es vor allem aus den Grundschulen Schleswig-Holsteins. Nach was wohl? Klar, nach Lehrkräften. Die GEW Schleswig-Holstein demonstrierte mit Pappfiguren vor dem Bildungsministerium, um die Personalnot anzuprangern.

Foto: Ulf Stephan, Arbeiterfotografie Kiel

obachten und keines, das ich der jetzigen Landesregierung anlaste“, sagt Habersaat. „Allerdings werfe ich der CDU vor, dass sie wider besseres Wissen eine Unterrichtsgarantie gegeben hat.“ Ministerin Prien kontert, Habersaats Berechnung sei „politisch unredlich“, schließlich würde bundesweit nach diesem Schema gerechnet. Sie verweist darauf, dass bereits die SPD-geführte Vorgängerregierung Quereinsteiger an die Schulen geholt habe. Habersaats Kritik daran sei „Heldentum nach Ladenschluss“. Aber die Ministerin sagt auch: „Wir würden gern mehr Lehrkräfte einstellen, wenn es denn welche gäbe.“

Die vorherige Landesregierung aus SPD, Grünen und dem SSW wollte mit einer Reform der Lehrerausbildung mehr Studierende in den Norden holen, in der Hoffnung, dass diese nach der Ausbildung im Land bleiben. Der Nachwuchs an den Standorten Kiel und Flensburg wird nicht mehr nur für eine weiterführende Schulart ausgebildet, sondern kann sowohl am Gymnasium als auch an der Gemeinschaftsschule unterrichten. Gegner der Reform warnten vor dem „Einheitslehrer“, Befürworter lobten den Ansatz als hilfreich für die Arbeit in heterogenen Klassen. Nur: Bis heutige Studierende dort ankommen, vergehen Jahre. In der Zwischenzeit steht eine Pensionierungswelle an – rund 3.800 Lehrkräfte sind über 55 Jahre alt.

Doch die Landesregierung ist optimistisch. Der Haushaltsplan für 2018 sieht eine Aufstockung der Lehrkräftezahl vor. Statt knapp 500 Stellen zu streichen, wie dies frühere Pläne vorsahen, sollen knapp 400 dazukommen – rechnerisch also ein Plus von fast 900 Stellen. Wie diese zu besetzen sind, ist jedoch unklar. Lücken tun sich vor allem im Randgebiet zu Hamburg auf, aber auch in den strukturschwachen Regionen an der Nordsee. Besonders betroffen sind berufliche Schulen und Grundschulen. „Eine eklatante Fehlplanung“, meint Oleg Gussew. „Jahrelang gab die Politik die Parole ‚Sparen und Stellen kürzen‘ aus. Jetzt versucht man gegenzusteuern, aber zu wenig und zu spät.“ Der Junglehrer für Englisch und Russisch ist für das Gymnasium ausgebildet und überbrückte die Wartezeit auf das Referendariat als Grundschullehrer. „Die Arbeit ist

Schleswig-Holstein in Zahlen

- Im Schuljahr 2017/18 gibt es an allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein 373.100 Schülerinnen und Schüler, davon sind 24.100 Erstklässler.
- An den allgemeinbildenden Schulen arbeiten 24.590 Lehrkräfte, die 475.744 Stunden pro Woche unterrichten.
- Eine Besonderheit in Schleswig-Holstein sind die privaten Schulen der dänischen Minderheit, an denen weitere 530 Lehrkräfte tätig sind.
- Das Land will kurzfristig 395 neue Stellen in den Schulen schaffen, vor allem in der Sonderpädagogik, in Grundschulen und Regionalen Bildungszentren. 50 Stellen sollen bereits ab März 2018 zur Verfügung stehen.
- Im Vorbereitungsdienst befinden sich 1.522 Menschen, davon 94 als Quereinsteiger. 75 Stellen werden für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst zusätzlich geschaffen.
- An den Hochschulen in Flensburg und Kiel sind insgesamt rund 7.100 Lehramtsstudierende eingeschrieben.
- Die Zahl der Studienplätze im zulassungsbeschränkten Bachelorstudiengang Sonderpädagogik wurde von 120 auf 160 angehoben. E.G.

Quellen: Bildungsministerium, Statistikamt Nord

MEDIAN

Handeln – nicht behandeln lassen

MEDIAN Zentrum für Verhaltensmedizin Bad Pyrmont

Klinik für Psychosomatik

Akademisches Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover
Chefarzt: Dr. med. Volker Malinowski

Ihre kurzfristige stationäre Aufnahme ist jederzeit möglich.
Kostenlose Service-Nummer:
0800 619-6666

Nach diesem Motto leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden. Wir sind spezialisiert auf Probleme im öffentlichen Dienst – insbesondere auf Lehrergesundheit – und blicken auf 30 Jahre klinische Erfahrung zurück.

Schwerpunktmäßig behandeln wir:
- Depressionen
- Ängste
- Burn-out-Symptomatik
- Nicht-organische Schlafstörungen
- Chronische Schmerzstörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Zwangsstörungen

Als sog. „gemischte Krankenanstalt“ führen wir für privat krankenversicherte Patienten der Akutbehandlung vergleichbare psychiatrisch-psychotherapeutische Stationärbehandlungen in einer Spezialklinik für Verhaltenstherapie durch. Gemäß Beihilfeverordnung ist die Klinik als beihilfefähig anerkannt.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen bei Ihrer privaten Krankenversicherung bzw. Beihilfestelle umfassend zu beraten und zu unterstützen.

MEDIAN Zentrum für Verhaltensmedizin Bad Pyrmont
Bombergallee 10 · 31812 Bad Pyrmont
pyrmont-kontakt@median-kliniken.de · www.median-kliniken.de

Jeder ist besonders

Bethel setzt sich für Menschen mit Behinderungen ein.

www.bethel.de

411

Bethel

nicht minder wichtig als in der weiterführenden Schule, aber durch die schlechtere Besoldung – A12 statt A13 – wollen weniger dorthin.“ Er selbst ist froh, den Sprung ans Gymnasium geschafft zu haben, seine Bewunderung für die Grundschulkolleginnen und -kollegen aber bleibt: „Die haben mit Inklusion, Deutsch als Zweitsprache, fachfremdem Unterricht und engen Personaldecken wirklich viel zu stemmen.“

Mit seinem Lehramtsstudium war Gussew an der Grundschule eine Aushilfskraft erster Klasse. Die meisten Quereinsteiger bringen solche Kenntnisse nicht mit. Dennoch setzt das Bildungsministerium verstärkt darauf, Nichtpädagogen an die Schulen zu holen. Das Land habe damit gute Erfahrungen gemacht, sagte Kultusministerin Prien zu Schuljahresbeginn. Voraussetzung ist ein mit Top-Note abgeschlossenes Fachstudium, etwa in Geschichte oder Mathe. Die Einsteiger können an beruflichen wie allgemeinbildenden Schulen und neuerdings auch im sonderpädagogischen Bereich arbeiten. Eine Verbeamtung ist möglich.

Lockruf des Ministeriums

Der Lockruf des Ministeriums verhallt nicht ungehört. Aktuell unterrichten nach Berechnungen der Opposition und der GEW landesweit auf etwas unter 1.000 Stellen rund 2.000 Menschen, die keine Lehramtsausbildung haben oder sich als Quereinsteiger noch in der Ausbildung befinden. Das Ministerium sieht diese Zahl kritisch – offizielle Daten zur Gesamtsituation und Unterrichtsversorgung werden gerade erst erhoben. In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage teilte das Haus allerdings mit, dass an allgemein- wie berufsbildenden Schulen rund 23.000 Wochenstunden von Lehrenden ohne zweite Staatsprüfung erteilt werden. Das entspricht an den allgemeinbildenden Schulen rund 3 Prozent des Unterrichts. Ohne pädagogische Erfahrung kann der Schulalltag hart sein, das weiß Lehrerin Simonsen: „Es kommt vor, dass ein Kind sich auf den Boden wirft und weint. Andere sind überfordert von den einfachsten Arbeitsaufträgen. Die dritten langweilen sich, weil sie unterfordert sind.“ Und für die Schulen wird es schwierig, wenn sich Aushilfslehrkräfte weder im Referendariat noch in der Qualifizierungsphase für einen Seiten- oder Quereinstieg befinden. Dann stehen der Schule keine Extrastunden zu, um die Neulinge „gezielt auf den Schuldienst vorbereiten und pädagogisch-didaktisch qualifizieren“ zu können, wie es das Ministerium verspricht. Auch Mentoren solle es geben – diese Auskunft bringt die GEW-Landesvorsitzende Astrid Henke „richtig auf die Palme“: „Das hat mit der Realität in den Schulen nichts, aber auch gar nichts zu tun.“ Der ehemalige Aushilfslehrer Gussew bestätigt: „Klar kriegt man Hilfe, aber nur, weil die Kollegen ihre Freizeit und Pausen opfern.“ Kollegialität, innovative Ideen und gute Nerven – mit diesen Zutaten behilft sich auch Simonsens Schule. Von der Politik fühlt sich die Lehrerin im Stich gelassen. Nicht nur wegen des Gehaltsunterschiedes, der die Grundschulkräfte schlechterstellt, sondern obendrein durch neue Richtlinien der Regierung: „Viele Schulen haben ihre pädagogischen Konzepte geändert und die Noten abgeschafft – jetzt müssen sie wieder her.“

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

***Name geändert**

Gegen Mangel helfen nur bessere Arbeitsbedingungen

Foto: privat

Astrid Henke

Ob Kita, Schule oder Krankenhaus – der Fachkräftemangel betrifft in Schleswig-Holstein viele Bereiche. Was tun? Für mehr Bildung und bessere Arbeitsbedingungen sorgen! Macht die Politik bisher aber nicht. Statt zum Beispiel in den Kitas die Arbeitsbelastungen zu reduzieren, um gut qualifizierte Kolleginnen im Job zu halten, sinniert sie über eine Verschlechterung der Ausbildung. Statt an den Schulen auf eine Charmeoffensive für Lehrkräfte zu setzen, hagelt es seitens der Bildungsministerin absurde Vorwürfe an die Grundschullehrerinnen wegen „Kuschelpädagogik“. Mehr Studien- und Ausbildungsplätze für den Vorbereitungsdienst bringt die Regierung auf den Weg. Gut so! Reicht aber vom Umfang nicht aus. Deshalb: Qualifizierung von Vertretungslehrkräften, Wertschätzung, alternsgerechte Arbeitsplätze, A13 sofort! So gewinnt man Lehrkräfte.

Astrid Henke, GEW-Vorsitzende Schleswig-Holstein

Mit einer Reform der Lehrkräfteausbildung wollte die Landesregierung mehr Studierende ins Land holen. Doch bis die Studentinnen und Studenten, die heute ausgebildet werden, in den Klassen ankommen, vergehen Jahre.

Foto: imago

„Technik löst das Dilemma nicht“

// Susanne Rademacher, Kita-Leiterin und im GEW-Landesvorstand Schleswig-Holstein zuständig für Kinder- und Jugendhilfe, zum Fachkräftemangel im Kita-Bereich //

E&W: Frau Rademacher, wie leicht oder schwer fällt es Kitas in Schleswig-Holstein, freie Stellen zu besetzen?

Foto: privat

Susanne Rademacher

Susanne Rademacher: Der Fachkräftemangel spitzt sich zu. Das ist keine gefühlte Größe, sondern zeigt sich in allen offiziellen Zahlen. So kommt es zu Absurditäten wie den Bestrebungen, an der Ausbildung zu drehen.

E&W: Geht es um die Diskussion, den Erzieherberuf zu akademisieren?

Rademacher: Das wäre schön, das ist eine alte Forderung der GEW! Nein, geplant ist eine duale Ausbildung, an deren Ende so etwas wie eine Lehre in der Kita steht. Das ist das Gegenteil einer Qualitätsverbesserung, auch für die Arbeitsbedingungen. Schon heute ist es zeitlich eng. Wenn nun auch noch die Ausbildung in die Kita verlegt wird, steigt der Druck weiter.

E&W: Die Jamaika-Regierung nennt Kita als Leitprojekt, will Eltern und Kommunen finanziell entlasten und gleichzeitig die Qualität verbessern. Klingt doch gut, oder?

Rademacher: Interessant finde ich, dass mit Qualität offenbar nicht bessere Bildung, sondern längere Betreuung gemeint ist. Das Ziel scheint, die Eltern freizustellen, um der Wirtschaft entgegenzukommen. Es wird nicht über Bildungsgerechtigkeit, sondern über die 24-Stunden-Kita debattiert.

E&W: Wie ließen sich mehr Fachkräfte gewinnen?

Rademacher: Das Dilemma ist schwer aufzulösen. Aber klar ist: Wenn wir die Arbeitsbedingungen nicht verbessern, ist es fast egal, wie viele Menschen wir ausbilden, wir halten sie nicht. Ständig kommen neue Aufgaben dazu, zum Beispiel die Erziehungsberatung bei den immer stärker verunsicherten Eltern. Das alles ist wünschenswert, aber wer soll das bitte wann noch machen?

E&W: Könnte die Digitalisierung helfen?

Rademacher: Sicher können Roboter Autos montieren, und vielleicht könnte ein Roboter beim Putzen der Kita helfen. Aber der Kern der Tätigkeit ist Beziehungsarbeit zwischen Menschen. Technik löst das Dilemma nicht.

Interview: Esther Geißlinger,
freie Journalistin

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

Meer für Ihre Gesundheit

Unternehmensgruppe Medigreif Inselklinikum Heringsdorf Haus Kulm
Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

Burnout?
Wirkungsvolle Hilfe durch multimodale Komplexbehandlung.

Chronische Schmerzen?
Hilfe durch multimodale Schmerztherapie mit integrierter Ganzkörper-Kältetherapie bei -110°C

Unser Leistungsspektrum umfasst:
Krankenhausbehandlung
(anstelle einer Behandlung am Wohnort)
Rehabilitation (ehemals Sanatoriumsbehandlung)

Die Inselklinik Heringsdorf „Haus Kulm“ ist spezialisiert auf die Behandlung von psychosomatischen Krankheitsbildern, insbesondere von chronischen Schmerzen wie Spannungskopfschmerz, Migräne und Fibromyalgie-Syndrom, Erschöpfungszustände/Burnout, depressive Störungen, Angststörungen, Anpassungs- und Schlafstörungen.

Ein erfahrenes Team garantiert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zur Umsetzung des ganzheitlichen Behandlungskonzeptes.

www.inselklinik.de

Inselklinik Heringsdorf GmbH & Co. KG Haus Kulm
Kulmstraße 9 – 17424 Ostseebad Heringsdorf
Telefon: 038378 59-130 oder -591
Fax: 038378 59-585
E-Mail: info@kulm.medigreif-inselklinikum.de

Insel Usedom

★ Grund- und Oberschulklassen on Tour
★ Führungen, Workshops, Projekttage
★ Zeitreise durch die deutsche Geschichte
★ Einblicke hinter die Kulissen z. B. VIP-Bereich, Spielerkabinen, unterirdische Aufwärmhalle und Stadionkapelle
★ Mehrsprachige Themen-Touren zu Geschichte, Architektur und Sport

WWW.OLYMPIASTADION.BERLIN
OLYMPIASTADION BERLIN | BESUCHERZENTRUM AM OSTTOR
OLYMPISCHER PLATZ 3 | 14053 BERLIN | TEL. +49(0)30 / 28 01 81 18
E-MAIL: TOUR@OLYMPIASTADION.BERLIN

Beim Übergang zu weiterführenden Schulen gibt es eine Sollbruchstelle, die viele Kinder mit Förderbedarf betrifft, besonders aber Mädchen und Jungen mit autistischen Störungen.

Foto: dpa

Mit Autismus in der Regelschule

// Von Inklusion sollten auch Schülerinnen und Schüler mit einer Autismus-Spektrum-Störung profitieren. Bisher besucht etwa jede und jeder Dritte eine Regelschule. Vor allem beim Übergang auf weiterführende Schulen fallen viele durchs Raster. Braucht es einen eigenen Förderschwerpunkt? //

Die 4. Klasse der Grundschule Süd-West im hessischen Eschborn ist auf Zeitreise mit dem Piratenschiff „Tempus“. Die Playmobil-Yacht soll den Kindern helfen, Sätze vom Präsens ins Präteritum umzuwandeln. Das klappt nicht immer auf Anhieb. Paul* und zwei andere Kinder grübeln über die Vergangenheitsform von „nehmen“. Heißt es „ich nehmte“ oder „ich nahmte“? Schließlich finden die drei die richtige Form, und Paul liest vor: „Ich nahm einen Stein.“

Paul leidet unter frühkindlichem Autismus. Dass er einmal flüssig lesen würde, war bei seiner Einschulung nicht abzusehen. „Anfangs konnten wir ihn kaum verstehen, wenn er sprach“, sagt seine Klassenlehrerin. Paul wurde – wie viele Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung – dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ zugeordnet. Eine Teilhabeassistentin begleitet ihn im Unterricht und in den Pausen. Der Junge braucht eine ruhige Atmosphäre und klare Abläufe. Darauf hat sich seine Lehrerin eingestellt. Und Paul sich auf sie und seine Mitschüler.

Bevor Paul eingeschult wurde, bildete sich die Klassenlehrerin fort. Heute, nach fast vier Jahren, sagt sie: „Seine Entwicklung ist beeindruckend.“ Zur Wahrheit dieser Erfolgsgeschichte gehört aber auch, dass die Schule jahrelange Erfahrung mit Integration, Inklusion und Schülern wie Paul hat. Er ist nicht das erste autistische Kind. Vor ihm gab es andere, zum Teil deutlich schwierigere Schülerinnen und Schüler. Die inklusiv arbeitende Schule hat sich zum Ziel gesetzt, alle Kinder aus ihrem Bezirk aufzunehmen – ohne Ausnahmen.

Teamwork ist gefragt

„Wir hatten eine Schülerin, die anfangs fast nur geschrien hat“, erinnert sich Schulleiter Hajo Rother. Dennoch gelang es den Lehrkräften in enger Zusammenarbeit mit Therapeuten, Eltern, Assistenten sowie anderen Expertinnen und Experten, das Kind gemeinsam mit den anderen zu unterrichten. „Wir fanden zum Beispiel heraus, dass sich das Mädchen beruhigt, wenn es in einer Hängematte schaukelt. Also haben wir Hängematten aufgebaut.“

Solche Positiv-Berichte hört man aus Regelklassen im Primarbereich immer wieder. Doch beim Übergang auf die weiterführenden Schulen gibt es eine Sollbruchstelle, die viele Kinder mit besonderem Förderbedarf – Mädchen und Jungen mit Autismus-Spektrum-Störung aber ganz besonders – betrifft. Sie fallen durch alle Raster. Viele Pädagoginnen und Pädagogen kennen sich mit der Entwicklungsstörung nicht aus und/oder die Ressourcen stimmen nicht, um die Kinder optimal zu fördern. „Man kann Autisten nicht in Schubladen stecken, aber leider passiert genau das“, sagt der Psychologe und Erziehungswissenschaftler André Zimpel. Der Professor für Behindertenpädagogik an der Universität Hamburg ist überzeugt davon, dass viele Autistinnen und Autisten gute Schulkarrieren machen könnten, wenn sich das Umfeld auf sie einstellt. Voraussetzung dafür seien eine gute Diagnostik, individuelle Lernbegleitung und die Möglichkeit für den Schüler, jederzeit den Klassenraum verlassen zu können, wenn ihn Lärm oder andere Sinneseindrücke überfordern. Allein Letzteres stellt viele Regelschulen vor große Probleme – wenn es zum Beispiel keine Räume für eine Auszeit gibt oder

der Integrationshelfer fehlt. Außerdem sind Lehrkräfte keine Therapeuten. Sie brauchen professionelle Unterstützung, um Kinder mit Autismus zu unterrichten.

Lehrkräfte brauchen Wissen

„Für Schüler mit Autismus ist es ganz wichtig, zu wissen: Da versteht jemand, wie ich denke“, sagt Zimpel. Regelschullehrkräfte brauchen seiner Ansicht nach neben der Hilfe durch Expertinnen und Experten aus Sonderpädagogik und Schulsozialarbeit auch eigenes Wissen über Autismus. „Sie sollten zum Beispiel erkennen, welche Situationen zu Reizüberflutung führen“, sagt Zimpel. Wichtig sei auch, die Spezialinteressen des Schülers oder der Schülerin zu sehen und in den Unterricht einzubauen. „Es gibt hervorragend ausgebildete Sonderpädagogen, die hier unterstützen können“, sagt Zimpel – wohl wissend, dass in fast allen Bundesländern ein großer Mangel an den spezialisierten Lehrkräften herrscht.

Eltern, die Kinder mit Autismus durch die Schulzeit begleiten, sind oft verzweifelt. Der Bundesverband Autismus Deutschland befragte im Jahr 2016 Mütter und Väter nach der schulischen Situation. Zwar war die Umfrage nicht repräsentativ, die Antworten haben den Bundesverband dennoch hellhörig werden lassen. Jeder fünfte Schüler mit Autismus wurde demnach schon einmal von der Schule ausgeschlossen, einige monatelang. Für mehr als die Hälfte gab es keine Ersatzschule – die Eltern sprangen als „Hilfslehrkräfte“ ein.

Die Ursachen für einen Schulausschluss sind nach Angaben des Bundesverbands vielfältig. Grund sei häufig, dass der Integrationshelfer des Kindes ausfällt und Lehrkräfte sich mit der Situation allein überfordert fühlen. „Das pädagogisch-psychologische Fachwissen, um Schüler mit Autismus zu unterrichten, ist oft nicht da“, sagt Christian Frese, Geschäftsführer beim Bundesverband Autismus. Viele Pädagoginnen und Pädagogen glaubten, Kinder mit Autismus könnten ihr mitunter herausforderndes Verhalten steuern – das sei aber meist nicht der Fall. Sie vom Unterricht auszuschließen, sei keine Lösung – und auch nicht gerechtfertigt, da man ihnen ihr Verhalten nicht vorwerfen kann. Frese ist der Ansicht, dass die in den Schulgesetzen verankerten Ordnungsmaßnahmen wie Schulausschluss auf Schülerinnen und Schüler mit Autismus eigentlich gar nicht anwendbar sind. „Aber die Schulaufsichtsbehörden wissen oft nicht weiter und sehen nur diese Lösung.“ Das Hauptargument für den Ausschluss: Die Schule könne die Aufsichtspflicht nicht mehr gewährleisten.

Wie viele Autistinnen und Autisten an deutschen Schulen unterrichtet werden, ist unklar. Genaue Zahlen gibt es auch deshalb nicht, weil es in den meisten Bundesländern keinen eigenen Förderschwerpunkt „Autismus“ gibt. Viele Kinder werden unter den Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ subsumiert. Der Bundesverband hält das für falsch. „Ein eigener Förderschwerpunkt ist unumgänglich – gerade vor dem Hintergrund der Inklusion“, lautet eine Forderung an die Kultusministerkonferenz.

Der Eschborner Schulleiter Rother sieht darin keine Lösung: „Es gibt schon jetzt viel zu viele Schubladen, in die wir Kinder einsortieren.“ Pauls Klassenlehrerin sieht das ähnlich: „Es geht immer darum, ein Kind in all seinen Facetten kennenzulernen und zu fördern.“ Ein eigener Förderschwerpunkt „Autismus“ hätte der Schule da nicht geholfen. Entscheidend, sagt Rother, sei die Teamarbeit mit Förderschullehrkräften, Psychologen, Ergotherapeuten, Logopäden und Teilhabeassistenten: „Der ständige Austausch ist das Erfolgsrezept – und die Haltung der Schule, jedes Kind aufzunehmen.“

Katja Irle,
freie Journalistin

*Name geändert

Autismus-Spektrum-Störung

Autismus ist eine neurologische Entwicklungsstörung. Nach der Internationalen statistischen Klassifikation von Krankheiten (ICD 10) unterscheidet man zwischen frühkindlichem Autismus, Asperger-Syndrom und atypischem Autismus. Weil die Krankheit so komplex ist, spricht man von Autismus-Spektrum-Störung. Menschen mit dieser Störung haben zum Beispiel Probleme bei der Verarbeitung von Informationen und Wahrnehmung. Das kann sich auf soziale Interaktion und die Kommunikation auswirken.

Die meisten Kinder mit Autismus, die eine Regelschule besuchen, haben das Asperger-Syndrom. Bei ihnen ist die kognitive und sprachliche Entwicklung meist nicht verzögert. Sie sind in der Regel „normal“ intelligent beziehungsweise in manchen Gebieten sogar hoch intelligent und werden meist zielgleich mit den anderen Schülern unterrichtet. Auffälligkeiten gibt es dagegen in der Psychomotorik, bei sozialen Kontakten und der Verarbeitung von Umweltreizen und Sinneseindrücken.

Häufig wird Autisten unterstellt, sie hätten keine Gefühle. Experten sehen das anders, etwa André Zimpel, Psychologe an der Uni Hamburg: „Autismus heißt nicht Abwesenheit von Emotionen. Im Gegenteil: Menschen mit Autismus beschreiben immer wieder, dass sie sehr intensive Gefühle haben, aber diese entsprechen häufig nicht den Erwartungen der Gesellschaft.“ K. I.

Die GEW unterstützt die Aktionen Tausender Hochschulprofessoren und -mitarbeiter sowie Studierender für eine sichere Rente. Die britische Hochschulgewerkschaft UCU organisiert die Proteste wie hier in London.

Foto: Jane Atkins, UCU

Streik für eine sichere Rente

// Es war einer der größten Hochschulstreiks in der Geschichte Großbritanniens. An über 60 britischen Hochschulen gingen Professorinnen und Professoren sowie Beschäftigte auf die Straße, um gegen die geplante Rentenreform des Universitätsverband Universities UK (UUK) zu demonstrieren. Organisiert wurde der Streik von der britischen Hochschulgewerkschaft UCU*, Unterstützung kam auch von der GEW. //

„Hände weg von unseren Renten!“, „Rentenkürzungen sind Lohnkürzungen“: Mit Slogans wie diesen zogen ab Mitte Februar fast vier Wochen lang immer wieder Tausende Professorinnen und Professoren, Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie Studierende durch die Innenstädte von London, Manchester oder Liverpool. Sie nahmen an einem der größten Hochschulstreiks in der Geschichte Großbritanniens teil. „Es sind eindrucksvolle Märsche“, sagt der Soziologe Jakob Hartl, der an der University of Bristol eine Doktorarbeit schreibt und bei mehreren Protestaktionen mitgemacht hat.

Die Aktivitäten richten sich gegen die Rentenreform des UUK, der mit den Rentenbeiträgen der Hochschulmitarbeiter künftig an der Börse spekulieren will. Eine Garantie für die Höhe der ausgezahlten Renten soll es ab April 2019 nicht mehr geben. Mit der geplanten Reform will der Verband ein Finanzloch von 6,1 Milliarden Britischen Pfund stopfen.

Organisiert wurde der Hochschulstreik von der GEW-Partnergewerkschaft University and College Union (UCU), der rund 110.000 Hochschulbeschäftigte angehören. Rob Copeland koordiniert internationale Solidaritätsaktionen für den UCU-Streik. Er findet die Rentenreform inakzeptabel: „Am Ende eines langen Arbeitslebens wissen die Beschäftigten nicht, mit welcher Rente sie rechnen können.“

Kompromiss scheitert

Eine erste Vereinbarung, die UCU mit den Arbeitgebern Mitte März ausgehandelt hatte, wurde verworfen, nachdem die Gewerkschaftsmitglieder mit großer Mehrheit dagegen gestimmt hatten. Der Drei-Jahres-Deal hätte garantierte Rentenleistungen vorgesehen – allerdings unter der Bedingung, dass die Beiträge steigen. Die Streiks wurden fortgesetzt, um auf weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu drängen. Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe der E&W waren weder Verhandlungsergebnisse noch ein Ende der Streiks absehbar. Der Druck auf den Verband UUK nimmt jedoch zu: Bald beginnt die Examensphase. Viele Studierende sind unzufrieden, dass trotz hoher Studiengebühren Seminare ausfallen – auch wenn sie die Streikaktionen unterstützen.

Über die Grenzen Großbritanniens hinweg zeigen sich viele Organisationen und Einzelpersonen solidarisch mit UCU. Ende Februar reiste eine Delegation der GEW nach London. „Es war sehr kalt und es hat geschneit“, doch das habe die Stimmung nicht getrübt, resümiert Manfred Brinkmann, Referent für Internationales beim GEW-Hauptvorstand. Die GEW-Mitglieder nahmen an einem Protestmarsch durch die Londoner Innenstadt teil, in der Hand GEW-Plakate und Ballons. Die Delegierten hielten Reden und bekundeten ihre Solidarität mit den Aktionen der britischen Kolleginnen und Kollegen: „Die Resonanz war durchweg positiv“, so Brinkmann. Sally Hunt, Generalsekretärin der UCU, bedankte sich bei der GEW für die Unterstützung.

Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der GEW und Leiter des Organisationsbereichs Hochschule und Forschung, ist beeindruckt von den Streikaktionen, die zurzeit in Großbritannien stattfinden: „Es gibt eine große Bereitschaft, sich gegen Missstände zu wehren.“ Keller erhofft sich vom Arbeitskampf der britischen Kolleginnen und Kollegen eine Vorbildfunktion für die deutsche Hochschullandschaft. Denn auch hier gibt es massive Probleme. Beispielsweise haben viele Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter nur befristete Verträge. „Mit guten Argumenten für faire Beschäftigungsbedingungen ist es nicht getan“, so Keller. „Die Beschäftigten müssen sich gewerkschaftlich organisieren und engagieren, um ihre Ziele erfolgreich durchzusetzen.“

Britta Mersch,
freie Journalistin

*www.ucu.org.uk

Bildungs- und Förderungswerk
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
im DGB e.V.

Beitrittserklärung zur Gruppen-Sterbegeldversicherung (bis Alter 80) - Tarif VG9/2017

Beitrittserklärung bitte zurücksenden an:
Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V., Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt

Zu versichernde Person

Name / Vorname

PLZ / Wohnort

Straße / Hausnummer

Geburtsdatum

Bitte kreuzen ☒ Sie an:
☐ weiblich ☐ männlich

Versicherungsbeginn

Telefonnummer für Rückfragen

E-Mail Adresse

Bitte ankreuzen:
☐ **Mitglied**
Mitgliedsnummer:

☐ Familienangehörige/r

Staatsangehörigkeit

Versicherungsumfang

Ich beantrage eine Versicherungssumme von: (bitte ankreuzen)

Versicherungssumme in €	Monatlicher Beitrag in €
☐ **3.000**	
☐ **5.000**	
☐ **7.000**	
☐ **10.000**	
☐ **12.500**	
zzgl. BFW-Mitgliedsbeitrag	**0,05**
Lastschriftbetrag	.....

☐ Ich wähle folgende Summe unter 12.500 Euro: Euro .....
Mindestsumme 500,-- Euro

Bei Erhöhung eines bereits bestehenden Versicherungsschutzes wird ein gesonderter Versicherungsschein erstellt.

SEPA-Lastschrift (bitte in jedem Fall ausfüllen)

Bitte anhängendes SEPA-Lastschriftmandat ausfüllen und unterschrieben mit der Beitrittserklärung zurücksenden.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Beiträge für diese Gruppen-Sterbegeld-Versicherung bis auf schriftlichen Widerruf und der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag von € 0,05 im Lastschriftverfahren monatlich eingezogen werden.

Produktbeschreibung

Die Versicherungsleistung wird beim Tod der versicherten Person fällig. Das Höchsteintrittsalter beträgt 80 Jahre. Der Versicherer verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung; stattdessen gilt beim Tod der versicherten Person im 1. Versicherungsjahr folgende Staffelung der Versicherungssumme: Bei Tod im 1. Monat: Rückzahlung des eingezahlten Beitrages; bei Tod im 2. Monat: Zahlung von 1/12 der Versicherungssumme; bei Tod im 3. Monat Zahlung von 2/12 der Versicherungssumme usw.; allmonatlich um 1/12 der Versicherungssumme steigend bis zur vollen Versicherungssumme ab Beginn des 2. Versicherungsjahres. Stirbt die versicherte Person vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres infolge eines im ersten Versicherungsjahr eingetretenen Unfalls, wird stets die volle Versicherungsleistung erbracht.

Unfalltod-Zusatzversicherung

Eine Unfalltod-Zusatzversicherung ist stets eingeschlossen, außer bei den Eintrittsaltern ab 75 Jahren. Bei Tod infolge eines Unfalls vor dem Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person ihr 75. Lebensjahr vollendet hat, wird die volle Versicherungssumme zusätzlich zur Sterbegeldleistung gezahlt.

Beitragszahlung

Die Beiträge sind bis zum Ende des Monats zu entrichten, in dem die versicherte Person stirbt; längstens jedoch bis zum Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das rechnungsmäßige 85. Lebensjahr vollendet.

Überschussbeteiligung

Die vom Versicherer laufend erwirtschafteten Überschüsse werden in Form von Zins- und Grundüberschussanteilen weitergegeben. Die Zinsüberschussanteile werden verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt. Die Grundüberschussanteile werden – je nach Vertragsgestaltung – entweder ebenfalls verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt oder mit den zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet.

Zuwendungserklärung

Hiermit erkläre ich, dass die während meiner Mitgliedschaft auf die Sterbegeldversicherung anfallenden Grundüberschussanteile – entgegen dem Vorstehenden – dem BFW der GEW laufend zugewendet werden. Dadurch kommen diese Beträge wirtschaftlich nicht mir, sondern dem BFW der GEW zugute.Der BFW der GEW verwendet die Beträge zu 64 % für satzungsgemäße Aufgaben und zu 36 % zur Förderung der Sterbegeldeinrichtung (Kostendeckungsmittel). Über die Höhe der Zuwendungen gibt das BFW der GEW auf Anfrage jederzeit Auskunft. Diese Erklärung kann jederzeit widerrufen werden. Bei Widerruf der Zuwendungserklärung beträgt der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Einwilligungs- und Schweigepflichts-entbindungserklärung

Sie geben mit Unterzeichnung dieser Beitrittserklärung die auf der Rückseite abgedruckte "Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung" ab. Nehmen Sie diese bitte zur Kenntnis. Sie umfasst:

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN
1.1. Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern
2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten
2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes
3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN
3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Unterschriften

Bevor Sie diese Beitrittserklärung unterschreiben, lesen Sie bitte auf der Rückseite die Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung sowie Hinweise zum Widerspruchsrecht; sie ist wichtiger Bestandteil des Vertrages. Sie machen mit Ihrer Unterschrift die Einwilligungserklärung zum Inhalt dieser Beitrittserklärung.

Ort / Datum ✘

Unterschrift der zu versichernden Person ✘

Unterschrift der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers ✘

Interne Angaben

Gruppenvertragsnummer	Personenkreis	Versicherungsscheinnummer	Versicherungssumme	Versicherungsbeginn
4 7 9 0 0 **5 8 6 6** 1		4 7		0 1 2 0 1 8

Version G - 01.2018

Widerrufsrecht **Widerrufsbelehrung auf Abschluss eines Versicherungsvertrages**

Sie können Ihre Erklärung bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins und der Bestimmungen und Informationen zum Vertrag (BIV) ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen. Eine Erklärung in Textform (z.B. per Brief, Fax oder E-Mail) ist ausreichend. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden. Sofern der vorseitig genannte Versicherungsbeginn vor dem Ablauf der Widerrufsfrist liegt, bin ich damit einverstanden, dass der erste oder einmalige Beitrag (Einlösungsbeitrag) - abweichend von der gesetzlichen Regelung - vor Ablauf der Frist fällig d.h. unverzüglich zu zahlen ist.

Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung

Die Regelungen des Versicherungsvertragsgesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer Datenschutzvorschriften enthalten keine ausreichenden Rechtsgrundlagen für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Gesundheitsdaten durch Versicherungen. Um Ihre Gesundheitsdaten für diese Beitrittserklärung und den Vertrag erheben und verwenden zu dürfen, benötigt die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG (im Weiteren DBV-ZN genannt) daher Ihre datenschutzrechtliche(n) Einwilligung(en). Darüber hinaus benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindungen, um Ihre Gesundheitsdaten bei schweigepflichtigen Stellen, wie z.B. Ärzten, erheben zu dürfen. Als Unternehmen der Lebensversicherung benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung ferner, um Ihre Gesundheitsdaten oder weitere nach § 203 Strafgesetzbuch geschützte Daten, wie z.B. die Tatsache, dass ein Vertrag mit Ihnen besteht, an andere Stellen, weiterleiten zu dürfen.

Die folgenden Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärungen sind für die Begründung, Durchführung oder Beendigung Ihres Versicherungsvertrages in der DBV-ZN unentbehrlich. Sollten Sie diese nicht abgeben, wird der Abschluss des Vertrages in der Regel nicht möglich sein. Die Erklärungen betreffen den Umgang mit Ihren Gesundheitsdaten und sonstiger nach § 203 StGB geschützter Daten

- durch die DBV-ZN selbst (unter 1.),
- Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten (unter 2.) und
- bei der Weitergabe an Stellen außerhalb der DBV-ZN (unter 3.).

Die Erklärungen gelten für die von Ihnen gesetzlich vertretenen Personen wie Ihre Kinder, soweit diese die Tragweite dieser Einwilligung nicht erkennen und daher keine eigenen Erklärungen abgeben können.

1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten duch die DBV-ZN

Ich willige ein, dass die DBV-ZN die von mir in dieser Beitrittserklärung und künftig mitgeteilten Gesundheitsdaten erhebt, speichert und nutzt, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Versicherungsvertrages erforderlich ist.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN, soweit auf Grund von Kooperationen mit gesetzlichen Krankenkassen, Vereinen, Verbänden, Firmen oder sonstigen Dritten Vorteilskonditionen gewährt werden, zwecks Prüfung, ob eine entsprechende Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit mit Anspruch auf Vorteilskonditionen besteht, mit den genannten Dritten einen Datenabgleich vornimmt und entbinde insoweit den Versicherer von der Schweigepflicht.

1.1 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern

Ich willige in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, gesetzliche Krankenkassen, Vereinen, Unternehmen oder Verbänden (Kooperationspartner) ein, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Vertrages, insbesondere zur Berechnung meiner Versicherungsprämie erforderlich ist.

2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten

2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes

Zur Prüfung der Leistungspflicht kann es auch nach Ihrem Tod erforderlich sein, gesundheitliche Angaben zu prüfen. Eine Prüfung kann auch erforderlich sein, wenn sich bis zu zehn Jahre nach Vertragsschluss für uns konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei der Antragstellung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden . Auch dafür bedürfen wir einer Einwilligung und Schweigepflichtentbindung.

Für den Fall meines Todes **willige ich in** die Erhebung meiner Gesundheitsdaten bei Dritten (Ärzten, Pflegepersonen, Bediensteten von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Behörden) zur Leistungsprüfung ein.
Ich befreie die genannten Personen und Mitarbeiter der genannten Einrichtungen von ihrer Schweigepflicht, soweit meine zulässigerweise gespeicherten Gesundheitsdaten aus Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen sowie Versicherungsanträgen und -verträgen aus einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Antragstellung übermittelt werden.
Ich bin darüber hinaus damit einverstanden, dass in diesem Zusammenhang – soweit erforderlich – meine Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN an diese Stellen weitergegeben werden und befreie auch insoweit die für die DBV-ZN tätigen Personen von ihrer Schweigepflicht.

3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN

Die DBV-ZN verpflichtet die nachfolgenden Stellen vertraglich auf die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherheit.

3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Die DBV-ZN führt bestimmte Aufgaben, wie zum Beispiel die Leistungsfallbearbeitung oder die telefonische Kundenbetreuung, bei denen es zu einer Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer Gesundheitsdaten kommen kann, nicht selbst durch, sondern überträgt die Erledigung einer anderen Gesellschaft der AXA-Gruppe oder einer anderen Stelle. Werden hierbei Ihre nach § 203 StGB geschützten Daten weitergegeben, benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung für sich und soweit erforderlich für die anderen Stellen.
Die DBV-ZN führt eine fortlaufend aktualisierte Liste über die Stellen und Kategorien von Stellen, die vereinbarungsgemäß Gesundheitsdaten für die DBV-ZN erheben, verarbeiten oder nutzen unter Angabe der übertragenen Aufgaben. Die zurzeit gültige Liste ist als Anlage der Einwilligungserklärung angefügt. Eine aktuelle Liste kann auch im Internet unter www.dbv.de/Datenschutz eingesehen oder bei den in Ihren Vertragsunterlagen genannten Ansprechpartner/Betreuer angefordert werden. Für die Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten an und die Verwendung durch die in der Liste genannten Stellen benötigt die DBV-ZN Ihre Einwilligung.

Ich willige ein, dass die DBV-ZN meine Gesundheitsdaten an die in der oben erwähnten Liste genannten Stellen übermittelt und dass die Gesundheitsdaten dort für die angeführten Zwecke im gleichen Umfang erhoben, verarbeitet und genutzt werden, wie die DBV-ZN dies tun dürfte. Soweit erforderlich, entbinde ich die Mitarbeiter der AXA Unternehmensgruppe und sonstiger Stellen im Hinblick auf die Weitergabe von Gesundheitsdaten und anderer nach § 203 StGB geschützter Daten von ihrer Schweigepflicht.

Information zur Verwendung Ihrer Daten

Zur Einschätzung des zu versichernden Risikos vor dem Abschluss des Versicherungsvertrags, zur Durchführung des Vertragsverhältnisses, insbesondere im Leistungsfall, benötigen wir personenbezogene Daten von Ihnen. Die Verarbeitung und Nutzung dieser Daten ist gesetzlich geregelt. Die deutsche Versicherungswirtschaft hat sich in den Verhaltensregeln der deutschen Versicherungswirtschaft verpflichtet, nicht nur die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten, sondern auch darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Förderung des Datenschutzes zu ergreifen. Erläuterungen dazu können Sie den Verhaltensregeln entnehmen, die Sie im Internet unter www.dbv.de abrufen können. Ebenfalls im Internet abrufen können Sie Listen der Unternehmen unserer Gruppe, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen sowie Listen der Auftragnehmer und der Dienstleister. Soweit die Verarbeitung Ihrer Daten auf der Grundlage einer ausdrücklichen Einwilligungs- oder Schweigepflichtentbindungserklärung erfolgt, können Sie diese jederzeit widerrufen. Des Weiteren können Sie Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten beantragen sowie die Berichtigung Ihrer Daten verlangen, wenn diese unrichtig oder unvollständig sind. Ansprüche auf Löschung oder Sperrung Ihrer Daten können bestehen, wenn deren Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung sich als unzulässig oder nicht mehr erforderlich erweist. Diese Informationen gelten auch für die versicherte Person. Wenn die versicherte Person nicht zugleich Versicherungsnehmer ist, wird der Versicherungsnehmer diese Informationen der versicherten Person weiter geben. In allen diesen Fällen können Sie sich jederzeit an den Kunden- und Partnerservice der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden, telefonisch an 0221/148-41013, oder per Email an service@dbv.de wenden.

Allgemeine Hinweise

Mir ist bekannt, dass die Vereinigung Versicherungsnehmerin ist. Sie handelt in meinem Auftrag. Ich bevollmächtige die Vereinigung zur Vertretung bei der Abgabe und Entgegennahme aller das Versicherungsverhältnis betreffenden Willenserklärungen (einschließlich der Kündigung der Sterbegeldversicherung beim Ausscheiden des Mitglieds aus der Vereinigung); die Vertretungsbefugnis erstreckt sich jedoch nicht auf die Empfangnahme von Versicherungsleistungen und die Änderung des Bezugsrechts.

Bei höherem Eintrittsalter können die zu zahlenden Beiträge in ihrem Gesamtbetrag die versicherte Leistung unter Umständen übersteigen.

Eine Durchschrift der Beitrittserklärung wird mir unverzüglich nach Unterzeichnung zugesandt.
Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.
Soweit Vorteilskonditionen gewährt werden, die vom Bestehen der Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft/Vereinigung abhängig sind, erfolgt ein Datenabgleich mit dieser Organisation ohne Bekanntgabe der Versicherungsinhalte.

Die für Ihre Versicherung zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1308, 53003 Bonn, Internet: www.bafin.de.

Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 080632, 10006 Berlin.

Versicherungsträger

DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung
Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG
Sitz der Gesellschaft Köln (HR B Nr. 271)
USt.-Ident.-Nr.: DE 122786679

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Antimo Perretta
Vorstand: Dr. Alexander Vollert (Vors.), Dr. Patrick Dahmen,
Dr. Stefan Lemke, Dr. Nils Kaschner, Jens Warkentin

Anschrift:
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden

DBV

Tarif VG9/2017 - Monatsbeiträge für je 500 € Sterbegeld - Endalter Beitragszahlung 85 Jahre

Bei Eintrittsalter 15-74 ist die Unfallzusatzversicherung obligatorisch eingeschlossen
Als Eintrittsalter gilt die Differenz zwischen dem Beginnjahr der Versicherung minus dem Geburtsjahr der zu versichernden Person.

Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich	Eintritts-alter	Bruttobeitrag monatlich
15	0,80 €	30	1,05 €	45	1,53 €	60	2,63 €	75	6,29 €
16	0,81 €	31	1,07 €	46	1,58 €	61	2,75 €	76	6,87 €
17	0,83 €	32	1,10 €	47	1,63 €	62	2,87 €	77	7,56 €
18	0,84 €	33	1,12 €	48	1,68 €	63	3,01 €	78	8,42 €
19	0,86 €	34	1,15 €	49	1,74 €	64	3,16 €	79	9,52 €
20	0,87 €	35	1,18 €	50	1,80 €	65	3,33 €	80	10,98 €
21	0,89 €	36	1,20 €	51	1,86 €	66	3,50 €		
22	0,90 €	37	1,23 €	52	1,93 €	67	3,70 €		
23	0,92 €	38	1,27 €	53	2,00 €	68	3,91 €		
24	0,93 €	39	1,30 €	54	2,07 €	69	4,15 €		
25	0,95 €	40	1,33 €	55	2,15 €	70	4,42 €		
26	0,97 €	41	1,37 €	56	2,23 €	71	4,71 €		
27	0,99 €	42	1,41 €	57	2,32 €	72	5,04 €		
28	1,01 €	43	1,45 €	58	2,42 €	73	5,41 €		
29	1,03 €	44	1,49 €	59	2,52 €	74	5,83 €		

Für andere Versicherungssummen ist der Beitrag entsprechend zu multiplizieren (z.B.: Bei einer Versicherungssumme von 3.000,- € = Beitrag x 6, bei einer Versicherungssumme von 5.000,- € = Beitrag x 10).
Die Monatsbeiträge sind versicherungstechnisch mit 7 Nachkommastellen gerechnet. Aus Vereinfachungsgründen sind aber nur 2 Nachkommastellen in der Beitragstabelle ausgewiesen. Deshalb kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, die sich allerdings nur im Cent-Bereich bewegen.

Bitte hier abtrennen

SEPA-Lastschriftmandat (Bitte immer ausfüllen und zurücksenden)

Ich ermächtige das BFW der GEW, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom BFW der GEW auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsempfänger	Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V. (BFW der GEW)
Gläubiger	Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt
Gläubiger-Identifikationsnummer	DE12ZZZ00000013915
Mandatsreferenz	wird gesondert mitgeteilt

Zahlungspflichtiger

Vorname Kontoinhaber _____

Nachname Kontoinhaber _____

Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Land _____

Kreditinstitut _____

IBAN DE __

BIC _____

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Version SEPA - 01.2018

Übersicht der Dienstleister des AXA Konzerns

gemäß der Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung — Stand 21.11.2017

Konzerngesellschaften, die an einer gemeinsamen Verarbeitung von Daten innerhalb der Unternehmensgruppe teilnehmen:

- AXA ART Versicherung AG
- AXA Bank AG
- AXA Customer Care GmbH
- AXA easy Versicherung AG
- AXA Konzern AG
- AXA Krankenversicherung AG
- AXA Lebensversicherung AG
- Deutsche Ärzteversicherung AG
- AXA Service & Direct Solutions GmbH
- AXA MATRIX Risk Consultants Deutschland, ZN der AXA Matrix Risk Consultants S.A., Paris
- AXA Versicherung AG
- clerita GmbH
- DBV Deutsche Beamtenversicherung, ZN der AXA Versicherung AG
- Deutsche Ärzte Finanz Beratungs- und Vermittlungs-AG
- AXA Direktberatung GmbH
- E.C.A. LEUE GmbH + Co.KG
- Helmsauer & Preuss GmbH
- INREKA Finanz AG
- Kölner Spezial Beratungs-GmbH für betriebliche Altersversorgung
- Pro bAV Pensionskasse AG
- winExpertisa Gesellschaft zur Förderung beruflicher Vorsorge mbH

Dienstleister mit Datenverarbeitung als Hauptgegenstand des Auftrags (Einzelbenennung):

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleister	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheits-daten
Alle Konzerngesellschaften	AXA Konzern AG	Antrags-, Vertrags-, Leistungs- und Regressbearbeitung, Vermittlerbetreuung	ja
	AXA Group Solutions S.A. einschl. Ndl. Deutschland	Betrieb gruppenweiter IT-Anwendungen	nein
	AXA Logistik & Service GmbH	Post-, Antrags-, Vertrags-, Leistungsbearbeitung	ja
	AXA Technology Services Germany GmbH und GIE AXA Tech Belgium	Rechenzentrumsbetreiber	ja
	AXA Customer Care Center GmbH	Telefonischer Kundendienst, Kundenbetreuung	ja
	ARA GmbH	Telefonischer Kundendienst	nein
	AXA Assistance Deutschland GmbH	Telefonischer Kundendienst	ja
	GIE AXA	Hosting, Datenselektionen	nein
	GDV Dienstleistungs GmbH	Datentransfer mit Vermittlern u. Dienstleistern	nein
AXA ART Versicherung AG	ACS Information Technologies UK Limited	Rechenzentrumsbetreiber	nein
AXA Krankenversicherung AG	ViaMed GmbH	Leistungsprüfung	ja
	ROLAND Assistance GmbH, Medical Contact AG, Sanvartis GmbH	Diseasemanagement	ja[1]
	IMB Consult GmbH	Medizinische Gutachten	ja[1]
	unternehmen online GmbH & Co.KG	Betrieb online-Anwendungen (Angebots-/Antragsaufnahme)	ja
AXA Lebensversicherung AG	AXA Bank AG	Depotverwaltung für Fondspolicen	nein
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Vorsorge Lebensversicherung AG	Antrags-/Leistungsbearbeitung (Zahlungssystem ERGO und Münchner Rück)	ja
	unternehmen Online GmbH & Co.KG	Betrieb online-Anwendungen (Angebots-/Antragsaufnahme)	ja
	SP Consult AG	Antrags- und Leistungsbearbeitung, Bestandsverwaltung	nein
AXA Versicherung AG/ AXA easy Versicherung AG/ DBV Deutsche Beamten-versicherung, ZN der AXA Versicherung AG	AXA Assistance Deutschland GmbH	Diseasemanagement, Durchführung KFZ-Versicherungen für Kreditkarteninhaber, Bestandsverwaltung, Leistungs-bearbeitung für Mietwagen-KFZ-versicherungen, Handwerker- und Dienstleisternetz, Anlage Neuschäden	ja[1]
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Versicherungsforen medi-part GmbH	Leistungsbearbeitung	ja[1]
	Actineo GmbH	Anforderung medizinische Auskünfte	ja[1]
	Inter Partner Assistance S.A.	Schutzbriefleistungen	nein
	Öconsult Assekuranzberatung OHG	Regressprüfung	ja

Dienstleisterkategorien, bei denen Datenverarbeitung kein Hauptgegenstand des Auftrages ist und/oder Dienstleistungserbringung erfolgt durch viele verschiedene Dienstleister

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleister**kategorie**	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheits-daten
Alle Konzerngesellschaften	Adressermittler	Adressprüfung	nein
	Gutachter/ med. Experten/Berater	Antrags-/ Leistungs-/ Regressprüfung/Beratung	zum Teil[1]
	Assisteure	Assistanceleistungen	zum Teil[1]
	Marktforschungsunternehmen	Marktforschung, Kundenzufriedenheitsanalyse	nein
	Marketingagenturen/ -provider	Marketingaktionen	nein
	Lettershops/ Druckereien	Postsendungen/ Newsletter (E-Mail)	ja
	Aktenlager	Lagerung von Akten	ja
	IT-Dienstleister	Wartung/Betrieb/Entwicklung Systeme/Anwendungen/Onlineservices	ja
	Rechtsanwaltskanzleien	Forderungseinzug	ja
	Inkassounternehmen/Auskunfteien	Forderungsbearbeitung, Existenznachweis	nein
	Rückversicherer	Monitoring	ja
	Entsorgungsunternehmen	Abfallbeseitigung	ja
	Routenplaner	Schadenbearbeitung/ Terminplanung	nein
	Rehabilitationsdienst	Rehabilitationsmanagement	ja
	Service-Gesellschaften	Leistungs- und Bestandsbearbeitung im Massengeschäft (techn. Versicherungen)	nein
	Vermittler	Antrags-, Leistungs- u. Schadenbearbeitung, Beratung	zum Teil[1]
	Telefonischer Kundendienst	Temporärer Kundendienst in bes. Geschäftsprozessen, Kundenbetreuung	ja
AXA Krankenversicherung AG	Heil-/ Hilfsmittellieferant	Lieferung von Heil- und Hilfsmitteln	ja

Eine aktuelle Version dieser Dienstleisterübersicht ist im Internet unter www.AXA.de/Datenschutz einsehbar.

Hinweis: Steht Ihre besondere persönliche Situation den berechtigten Interessen des Unternehmens an einer Beauftragung entgegen, können Sie dieser Beauftragung ggf. widersprechen.

[1] ggf. mit separater Einwilligung

Geschichte und Bewertung

// Die GEW hat im vergangenen Jahr mehrere Projekte gestartet, in denen renommierte Historiker die Geschichte der Bildungsgewerkschaft aufarbeiten. Einer der Themenkomplexe, die in diesem Kontext erforscht werden sollen, beschäftigt sich mit der GEW, ihren Vorläuferorganisationen und der NS-Zeit (E&W berichtete in 5/ und 6/2017). //

Foto: dpa

Mit dem Frankfurter Auschwitzprozess zu Beginn der 1960er-Jahre nahm die offensive Kritik am Verschweigen und Weichzeichnen NS-belasteter biografischer Kontinuitäten zu – ebenso die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime.

Seit einigen Jahren beschäftigt sich die GEW mit der Frage, wie sich ehemalige Funktionäre während des Nationalsozialismus verhalten haben. In Hamburg entzündete sich zuerst ein Konflikt um das 1935 von der „Gesellschaft der Freunde (Abteilung Wirtschaft und Recht im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB))“ erworbene Haus Rothenbaumchaussee 19. Gestritten wurde darüber, ob der Kauf von einer jüdischen Erbengemeinschaft als Arisierung zu werten sei oder die „Abteilung Wirtschaft und Recht“ als eine Art Nachfolgeorganisation der 1933 im NSLB aufgegangenen „Gesellschaft der Freunde der Vaterländischen Erziehung“ (GdF) noch bis 1937 eigenständig agiert habe. Mit dem Verkauf des Hauses an den jüdischen Bildungsverein Chabad Lubawitsch Anfang 2013 schien dieser Konflikt beigelegt. Allerdings rückte bald darauf der ehemalige GdF-Repräsentant und nach dem Krieg erste Vorsitzende der GEW, Max Traeger, in einen kritischen Fokus – hatte Traeger sich bereitwillig den Nationalsozialisten angedient oder versuchte er, mit anderen ehemaligen GdF-Funktionären, zumindest im kleinen Kreise seine Ablehnung aufrechtzuerhalten? In der GEW sind diese Auseinandersetzungen mit großer Schärfe und der Tendenz zur Lagerbildung geführt worden, bis hin zu der Forderung der Studierenden und der GEW Hessen, die Max-Traeger-Stiftung der GEW umzubenennen.

Es geht aber nicht allein um Max Traeger, sondern um die nationalsozialistische Belastungsgeschichte der Bundesrepublik. Gingen die berufsständischen Lehrerverbände 1933 freiwillig oder unter Zwang im nationalsozialistischen Lehrerbund auf? Und wie wurde nach dem Krieg in der GEW über Anpassung und Begeisterung für den Nationalsozialismus gesprochen?

„GEW-Initiativen zu begrüßen“

Der GEW-Hauptvorstand und der Landesverband Hamburg haben sich entschlossen, diesen Fragen mit Unterstützung von mehreren historischen Forschungsprojekten nachzugehen. Den mit Spannung erwarteten Ergebnissen können und wollen wir hier nicht vorgreifen, zumal auch für viele Vorgängerorganisationen der GEW und ihr Verhalten

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800 - 8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Fotos: dpa

Seit den späten 1970er-Jahren waren es zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen, die im Lokalen alltagsgeschichtliche Fragen zum Nationalsozialismus aufwarfen. Viele Gedenkstätten entstanden daraufhin – wie 2012 im Berliner Tiergarten für die im KZ Stutthof ermordeten Sinti und Roma.

1933 noch historische Grundlagenarbeit geleistet werden muss. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht sind die Initiativen der GEW daher zu begrüßen.

Wir möchten den gesellschaftspolitischen Kontext der erinnerungspolitischen Debatten nachzeichnen. Denn Auseinandersetzungen über nationalsozialistische Verstrickungen und Beteiligungen von Akteuren staatlicher Einrichtungen und Organisationen in der Bundesrepublik haben in den vergangenen Jahren zugenommen, entgegen mancher Befürchtungen Anfang der 1990er-Jahre, die nationalsozialistische Geschichte werde in den Hintergrund gedrängt.

In Schweigen gehüllt

Die bundesdeutsche Gesellschaft hüllte sich in den ersten beiden Jahrzehnten weitgehend in Schweigen über die Beteiligung so vieler an den Verbrechen des Nationalsozialismus. Seit den 1960er-Jahren – Stichworte sind der Frankfurter Auschwitz-Prozess, die Verjährungsdebatten und die offensive Kritik am Verschweigen und Weichzeichnen NS-belasteter biografischer Kontinuitäten im Umfeld von 1968 – nahmen Auseinandersetzungen um die nationalsozialistische Vergangenheit jedoch zu. Seit den späten 1970er-Jahren waren es zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen, die im lokalen Rahmen alltagsgeschichtliche Fragen aufwarfen. Der Schüler-„Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten“, der 1980/81 das Thema „Alltag im Dritten Reich“ in den Mittelpunkt stellte, hat lokale Erinnerungskonflikte mit ausgelöst, viele der heutigen Gedenkstätten und Erinnerungsorte entstanden in den 1980er-Jahren. Es begannen nun auch Auseinandersetzungen um die NS-Belastung einzelner Berufsgruppen und Branchen, so in der Ärzteschaft, die vor allem durch die Beteiligung an Euthanasiemorden besonders belastet war, aber auch bei Historikern Ende der 1990er-Jahre. Zudem war bald eine neue Auftragsforschung zu beobachten, die zuerst von Unternehmen initiiert wurde, die sich mit der Frage nach der Entschädigung für Zwangsarbeit auseinanderzusetzen hatten. Eine Konjunktur zeithistorischer Untersuchungen staatlicher Einrichtungen löste schließlich die Studie „Das Amt“ über die personellen Kontinuitäten des Auswärtigen Amtes aus, die 2010 von einer Unabhängigen Historikerkommission vorgelegt wurde. Danach folgten Studien über eine Reihe weiterer Ministerien und Behörden, darunter der Geheimdienste. Parallel zu dieser Welle von „Auftragsforschungen“ folgten Untersuchungen über personelle Kontinuitäten in Landtagen. Bisher wurden zu Hessen, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sehr umfangreiche biografische Studien vorgelegt, in denen sich eine erschreckend hohe Zahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder bei den Landtagsabgeordneten bis in die 1970er-Jahre zeigte.

Nicht alle Untersuchungen fanden die gleiche mediale Aufmerksamkeit, aber alle waren verbunden mit Diskussionen über belastete Personen. Sicherlich war bekannt, dass in vielen staatlichen Einrichtungen ehemalige Nationalsozialisten aktiv waren, die Kontinuität der Funktionseliten gehört zum Kennzeichen bundesdeutscher Geschichte. Gleichwohl gab es bis in die jüngste Zeit immer wieder überraschende Entdeckungen. Spektakulär war der erinnerungspolitische Sturz des ersten Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Hinrich Wilhelm Kopf (SPD), der im besetzten Polen am Raub von jüdischem Besitz beteiligt war. 2015 beschloss der niedersächsische Landtag, Kopf als nicht mehr ehrungswürdig einzustufen, der Platz vor dem Landtag wurde umbenannt.

Kopf steht für ein erinnerungspolitisches Konfliktfeld, das heute unter dem Begriff „Ehrregime“ (Dietmar von Reeken/Malte Thießen) in der Forschung verhandelt wird. Bereits seit den 1980er-Jahren wurde immer wieder über einzelne Namenspaten für Straßen oder Ehrenbürgerschaften gestritten, die als NS-belastet galten. Inzwischen haben mehrere Kommunen, so Oldenburg/Niedersachsen, Freiburg oder Hamburg, umfangreiche Studien über die mit Personennamen versehenen Straßen unternommen oder beauftragt. In den intensiven lokalpolitischen Auseinandersetzungen zeigt sich immer wieder ein Ringen um erinnerungspolitische Verantwortung – sollen die Wünsche der Anwohner im Vordergrund stehen, alte Straßennamen beizubehalten, sollte die Benennung durch ergänzende Hinweise als zeithistorisches Element kommentiert oder sollten Menschen, die belastet waren, die Ehrung durch eine Straßenbenennung verlieren? Dabei geht es nur in wenigen Fällen um direkte Beteiligung an Verbrechen. In Oldenburg wurde 2015 die Hedwig-Heyl-Straße umbenannt, da die Frauenrechtlerin Heyl, die 1934 starb, mit ihren rassistischen Vorstellungen und ihrer Begeisterung für Hitler für den Stadtrat

nicht mehr tragbar war. Hingegen blieb der militaristische Reichspräsident Paul von Hindenburg, der Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, dort wie in zahllosen anderen Kommunen ein umkämpfter Namensgeber. Die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft verleiht seit 2013 nicht mehr den Theodor-Eschenburg-Preis, da der Namensgeber in der Vereinigung aufgrund seiner Aktivitäten im Nationalsozialismus als nicht mehr tragbar galt. Begründet wurde die Entscheidung mit der fehlenden Integrationskraft des Preises, dessen Namensgeber erbitterte Debatten auslöste.

Verurteilung fällt leichter

Die erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen um Namensehrungen haben in den vergangenen Jahren an Intensität zugenommen. Warum? Immer wieder wird das Abtreten der Generation genannt, die im Nationalsozialismus Funktionen ausübte. Staatliche Einrichtungen wie das Auswärtige Amt, die eine große Anzahl belasteter Personen in den Anfangsjahren hatten, müssen sich nicht mehr mit den Akteuren selbst auseinandersetzen. Dies erleichtert gewissermaßen die scharfe Verurteilung. Auch dürfte die öffentliche Reputation eine wichtige Rolle spielen – bei Unternehmen, aber auch bei Ministerien oder Kommunen, die sich nicht dem Verdacht aussetzen möchten, belastete Personen als Traditionsstifter zu haben. Hinzu kommt, dass Belastungen heute eher gesehen werden als in früheren Jahren, als die Öffentlichkeit erheblich mehr Verständnis für Anpassung und Opportunismus zeigte als heute. Nach 70 Jahren Demokratieerfahrung wird das Handeln von Menschen in einer Diktatur heute oft anders bewertet und weniger entschuldigt. Historische Expertise wird oft angefragt, um Biografien einordnen zu können. Dabei zeigt sich immer wieder, dass der hohe Differenzierungsgrad wissenschaftlicher Argumentationen in der Öffentlichkeit oft nur schwer zu vermitteln ist, da Skandalisierungen mehr Aufmerksamkeit erhalten. Historikerinnen und Historiker können nicht die Rolle von Richtern übernehmen, sie können aus den Quellen Einordnungen und Bewertungen vornehmen und damit Grundlagen für eine seriöse Diskussion schaffen. Sie sind damit zwar auch Akteure in den Auseinandersetzungen, aber nicht die Entscheider in gesellschaftspolitischen Debatten. Welches Ehrregime und welche Tradition gewünscht ist, wird in politischen Gremien und in der geschichtspolitischen Öffentlichkeit verhandelt und entschieden. Hierbei sollten Diskussionen und Entscheidungen transparent und sachlich geführt werden, denn dieses Land braucht keine Heldenverehrung oder -verdammnis, sondern nüchterne Aufklärung.

Privatdozent Knud Andresen,
wissenschaftlicher Mitarbeiter
der Forschungsstelle für Zeitgeschichte
in Hamburg
Prof. Axel Schildt,
em., 2002–2017 Leiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Seit den 1980er-Jahren gibt es mit dem Streit über Namenspaten von Straßen, Plätzen und Bildungseinrichtungen ein weiteres erinnerungspolitisches Konfliktfeld. Frauenrechtlerin Hedwig Heyl etwa war wegen ihrer rassistischen Vorstellungen als Namensgeberin nicht mehr tragbar: Die Straße in Oldenburg wurde umbenannt.

FILME IM UNTERRICHT
Eine Initiative der deutschen Filmwirtschaft

Sobald man als Lehrerin oder Lehrer Filme im Unterricht einsetzen will, kommen Fragen auf:

- Welchen Film darf ich überhaupt zeigen und wovon lasse ich besser die Finger?
- Welche Rechte und Pflichten ergeben sich für mich als Lehrkraft?
- Woher bekomme ich Filme für meinen Unterricht?

Unter **www.filme-im-unterricht.de** können sich Lehrerinnen und Lehrer informieren, welche Filme sie legal im Unterricht einsetzen können.
Wir geben Informationen zum neuen Urheberrecht und nennen die Quellen für geeignete Filme.

Neues Urheberrechtsgesetz (UrhG)
mit neuen Privilegien für Schulen
ab dem 01. März 2018!

WWW.FILME-IM-UNTERRICHT.DE

„Lieber tot als in Europa“

Sandra Hammamy, Politikwissenschaftlerin und Studienkoordinatorin an der Uni Gießen (rechts) – und im Einsatz im Mittelmeer für Sea-Watch. Die Organisation rettet flüchtende Menschen, die in Seenot geraten sind (großes Bild).

Foto: Moritz Richter

Foto: Fabian Melber

// **Sandra Hammamy, 46, ist Politikwissenschaftlerin und Studienkoordinatorin an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Bei Sea-Watch e. V. hilft sie, flüchtende Menschen aus Seenot zu retten. Ein Gespräch über die Lage auf dem Mittelmeer, die europäischen Deals mit der Türkei sowie Libyen und die Bedeutung des Themas für die Schule.** //

E&W: Frau Hammamy, was hat Sie dazu bewogen, sich in der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer zu engagieren?

Sandra Hammamy: Spätestens seit dem großen Schiffsunglück Ende 2013 und den vielen Toten, die vor Lampedusa angespült wurden, können wir die Augen nicht länger davor verschließen, dass mitten in Europa und damit direkt vor unserer Haustür Menschen sterben. 2014 haben einige Privatpersonen den Verein Sea-Watch gegründet und ein Schiff gekauft, weil sie nicht tatenlos zusehen wollten. Da ich ausgebildete Rettungsschwimmerin bin und Arabisch spreche, habe ich mich als Helferin gemeldet und fahre seither bei Einsätzen mit, zunächst im zentralen Mittelmeer und dann in der Ägäis. Von Oktober 2015 bis April 2016, als sehr viele Menschen aus Syrien von der Türkei in Richtung griechische Inseln flohen, waren wir insbesondere dort im Einsatz. Bis zu 70 Boote kamen täglich in Lesbos an.

E&W: Wie war die Situation vor Ort?

Hammamy: Trotz der recht kurzen Distanz sind viele Menschen vor der griechischen Küste ertrunken. Sehr beeindruckt hat mich die Welle der Solidarität. Hunderte Freiwillige haben auf Lesbos die Rettung und Versorgung der Geflüchteten organisiert. Auch die griechische Bevölkerung hat geholfen – und damit Menschen, die selbst wenig haben und von der Europäischen Union (EU) über Jahre im Stich gelassen wurden. Zugleich haben wir zunehmend die Folgen des europäischen Deals mit der Türkei zu spüren bekommen. Die Türkei wollte zeigen, dass sie gegen entsprechende Zahlungen in der Lage ist, die Route zuzumachen. Dabei drängt die türkische Küstenwache Boote auch gewaltsam vom griechischen ins türkische Gewässer zurück. Diese Menschenrechtsverletzungen sind dokumentiert. Diese Deals führen auch dazu, dass die Menschen auf Routen ausweichen, die länger und gefährlicher sind.

E&W: Nach dem Vorbild der Vereinbarung mit der Türkei soll es eine ähnliche mit Libyen geben.

Hammamy: In Libyen gibt es keine Regierung, sondern konkurrierende Milizen. Die Situation von Geflüchteten ist katastrophal: Misshandlungen, Folter und Vergewaltigung sind an der Tagesordnung. Die Folgen sehen wir jeden Tag auf dem Schiff. Auch die Vereinten Nationen haben die Zustände angeprangert. Mit einem derart instabilen Land Deals abzuschließen, um so um jeden Preis zu verhindern, dass Menschen Europa erreichen, ist verantwortungslos und macht mich wütend.

E&W: Erst seit einigen Wochen sind Sie von Ihrem jüngsten Einsatz zurück. Wo waren Sie zum Jahreswechsel?

Hammamy: Alle drei Wochen fahren wir mit einer 22-köpfigen Crew vor die libysche Küste. Das Suchgebiet ist ungefähr so groß wie das Saarland und schwierig abzudecken. Weil die Situation für die Helferinnen und Helfer aufgrund der Attacken der libyschen Küstenwache sehr gefährlich geworden ist, waren dort zuletzt nur noch zwei Rettungsschiffe unterwegs. Am 1. Januar haben wir 92 Menschen retten können. Einen Tag später haben wir über Funk gehört, wie zwei Boote vor Tripolis gesunken sind. Dabei sind 64 Menschen ertrunken.

E&W: Für die Helferinnen und Helfer ist das eine sehr belastende Situation. Wie verarbeiten Sie das Erlebte?

Hammamy: Nach jedem Crew-Wechsel haben wir eine psychologische Betreuung; und wir versuchen, uns an dem Gedanken festzuhalten, dass wir Leben retten konnten. Menschen an Bord zu haben, die Unfassbares mitgemacht haben, relativiert zudem die eigene

Belastung. Und es ist gut, weiterhin im normalen Alltag an der Uni und in der Familie verankert zu sein. Manchmal erscheinen mir die Probleme des alltäglichen Lebens dann zwar banal; zugleich sorgen sie für die notwendige Distanz.

E&W: Politik wirft Seenotretterinnen und -rettern vor, die Fluchtbewegungen zu verstärken.

Hammamy: Es gibt mittlerweile wissenschaftliche Studien zu den Fluchtbewegungen seit 2013, die keinen Zusammenhang festgestellt haben. Und es ist bekannt, dass auf dem Mittelmeer ein Massensterben stattfindet. Dennoch werden die Nichtregierungsorganisationen aufgefordert, sich aus dem Gebiet zurückzuziehen. Das offenbart das eigentliche Ziel der Politik: lieber tot als in Europa. Wir tun nichts anderes, als Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Und das ist eigentlich eine staatliche Aufgabe.

E&W: Was fordern Sie?

Hammamy: Langfristig verlangen wir, die Fluchtursachen zu bekämpfen, kurzfristig sichere Fluchtwege. Stattdessen werden Menschen dazu gezwungen, ihr Leben zu riskieren, um das Recht auf Asyl überhaupt in Anspruch nehmen zu können.

E&W: Sie unterrichten Lehramtsstudierende an der Universität Gießen; und sie bilden zusammen mit der GEW Lehrkräfte und Schulklassen zu Flucht und Seenotrettung fort. Warum ist das Thema für Pädagoginnen und Pädagogen, Schülerinnen und Schüler wichtig?

Hammamy: Lehrkräfte haben eine besondere Aufgabe, wenn es darum geht, Jugendliche zu mündigen und toleranten Demokratinnen und Demokraten zu erziehen. Dazu ist wichtig, dass diese auf der Grundlage von Faktenwissen ihre eigene Meinung vertreten, anstatt populistischen Parolen zu folgen. Für mich bringt das Privileg, in einer Demokratie zu leben, die Verpflichtung mit sich, diese mitzugestalten und ihre Werte, Toleranz und Offenheit allen Menschen gegenüber, hochzuhalten. Das möchte ich Studierenden und Jugendlichen vermitteln. In einigen Wochen werde ich mit Sea-Watch-Kollegen einen Projekttag mit drei Schulklassen interaktiv gestalten. Diese Schule möchte die Arbeit des Vereins auch mit einer Spende unterstützen. Das ist wichtig, weil wir unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden finanzieren. Aber ebenso sehr freut uns die Möglichkeit, über die Lage auf dem Mittelmeer aufklären zu können. Bislang ist dies bei Studierenden und Schülerinnen wie Schülern immer auf großes Interesse und Betroffenheit gestoßen.

Interview: Carmen Ludwig,
lea bildungsgesellschaft der GEW Hessen

Weitere Informationen und Kontakt:
www.sea-watch.org
Anfragen für Bildungsveranstaltungen:
anmeldung@lea-bildung.de

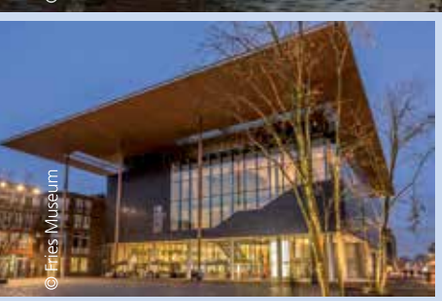
STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

LEEUWARDEN UND FRIESLAND

Kulturhauptstadt Europas 2018

27.07.-30.07.18 — 4-tägige Leserreise

ab € 695,-
p. P. im Doppelzimmer



Von 1584 bis 1747 war Leeuwarden die Königsstadt der Niederlande. Bis heute besticht die Stadt durch ihren kulturellen und historischen Reichtum. Das Königshaus baute prachtvolle Lustgärten und eindrucksvolle Bauwerke. Hier lässt sich die Geschichte der Niederlande erleben. Im Jahr 2018 bilden Leeuwarden und Friesland einen ungewöhnlichen und gleichzeitig ganz besonderen Rahmen für die Kulturhauptstadt Europas. In der Umgebung befinden sich vier Nationalparks, zwei UNESCO-Welterbestätten, elf kulturhistorisch bedeutende Städte, die Watteninseln und die sagenhafte Wasserlandschaft der Region. Niederländischer geht es nicht.

Das beinhaltet unsere Reise

- Bahntransfer ab/bis gewünschtem Abfahrtort (2. Klasse) bis Bielefeld oder Osnabrück und dann weiter per Bus nach Leeuwarden und zurück
- 3 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im Hotel Wesctcord WTC in Leeuwarden inkl. Steuer und Citytax
- Welcome Drink im Hotel
- Bustransfere lt. Programm
- Stadtführung Leeuwarden
- Eintritt und Führung/Audioguides im Friesmuseum
- Ganztägige Reiseleitung am 2. Tag laut Programm
- Eintritt und Führung im UNESCO Welterbe Woudagemaal
- Eintritt und Führung im Museum Belvédère
- Architekturrundgang „De Stijl“ in Drachten inkl. Kaffee/Tee und typischem Gebäck
- Besichtigung des Van Doesburg-Rinsema-Hauses und Eintritt Museum Dr8888
- Eintritt Planetarium Eise Eisinga inkl. Erklärungen
- ts|medialog-Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)
- Sicherungsschein

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter **www.gew.de/verlagsreisen**
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

„Nein12 – Abgehängt“

(E&W 1/2018, Seite 22: „JA13 – Es geht voran!“)

Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit – das ist ein Traum, der für die Fachlehrer für musisch/technische Fächer in Hessen wohl ein Traum bleiben wird. Zumal wir im Artikel „JA13 – Es geht voran!“ nicht einmal erwähnt werden. Dabei werden musisch/technische Fachlehrer in Hessen immer noch mit A10/11 bezahlt und das, obwohl viele Kolleginnen und Kollegen in den Schulen nicht nur in den musisch/technischen Fächern unterrichten. Mein Alltag ist zum Beispiel geprägt von Klassenleitung, fachfremdem Unterrichten auch in Hauptfächern wie Mathematik, Übernahme von Fachleitung und – weil man ja soooo viel Erfahrung von draußen mitbringt – auch gleich noch die Beauftragung für Berufs- und Studienorientierung. Ach, und weil man ja Diplomingenieur für Nachrichtentechnik ist, kann man dann auch noch die Veranstaltungstechnik betreuen und darf sich um die Computer der Schule kümmern. Dafür gibt’s natürlich keine Stunden, denn das ist so nicht vorgesehen. Im Gegenteil, man darf eine Stunde mehr unterrichten als andere Lehrkräfte und wird dafür mit A11 abgespeist.

Mir ist sehr wohl klar, dass unsere Kolleginnen und Kollegen aus den Grundschulen derzeit in aller Munde sind. Mir ist auch klar, dass Fachlehrer für musisch/technische Fächer eine „aussterbende“ Gattung sind. Jedoch fühle ich mich abgehängt oder besser gesagt: nicht von der GEW vertreten. Vor dem Schulterklopfen stehen auch bei unseren Schülerinnen und Schülern die Hausaufgaben, und die sollte auch die GEW machen, damit es bei den Fachlehrern für musisch/technische Fächer nicht heißt: „Nein12 – Abgehängt“ oder: mehr Arbeit für weniger Geld.

Markus Käfer, Darmstadt

Leben in anderer Spur

(E&W 1/2018, Seite 23 ff., Dialog-Thema Pflege)

In der neuen Beilage Dialog meine ich nach mehrjährigem Vollzeiteinsatz als häusliche Hilfsschwester: Wenn ein Pflegling umfangreicher Hilfe bedarf, reicht es nicht, den Wochenlauf genauer einzuteilen. Angehörige und Pflegling sollten sich klar machen, dass ihrer beider Leben in einer anderen Spur ist.

Auch Pflegende sollten ihre alte Spur grundsätzlich ändern. Das entlastet und fördert Geduld.

Und sie sollten beim Schwund von Können und Kraft ihre Einstellung durchdenken. Ist es der Lage gemäß, wissentlich oder ungewollt zu wiederholen, was man bei der eigenen Erziehung erlebt hat? Von wegen: „Wer will, der kann!“ Ist man von sich aus zu genug Zuwendung und Einsatz fähig oder gibt es festgefahrene Einstellungen, die hinderlich sind? Drum prüfe, wer sich neu sortieret!

Ulrich J. Heinz, Marburg/Lahn

Kompetenzen würdigen

(E&W 1/2018, Seite 34 f.: „Komplex, nicht unmöglich!“)

In dem Artikel von Anna Lehmann zur Fachtagung „Perspektiven für eine innovative Lehrer_innenbildung“ werden die Vorstandsmitglieder Andreas Keller und Ilka Hoffmann mit der Empfehlung zitiert, die GEW solle „diese Gruppe (die Quereinsteiger) offensiv organisieren und ihr Angebote unterbreiten“, was ich sehr unterstütze. Dem steht jedoch entgegen, dass die GEW zu diesem Thema oft einseitig die negativen Folgen nicht oder schlicht ausgebildeter Quereinsteiger betont und in keiner Weise würdigt, dass Quereinsteigerinnen und -einsteiger wertvolle Erfahrungen und Kompetenzen aus anderen beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen mitbringen, die den Lern- und Lebensraum Schule bereichern können. Diese einseitige Sicht ist borniert und nicht geeignet, diese Kolleginnen und Kollegen für die GEW zu gewinnen. Ich bin ausgebildeter Buchhändler, ordentlich ausgebildeter Lehrer und war überwiegend in der Weiterbildung tätig, hier habe ich mit Menschen unterschiedlichster Professionen zusammengearbeitet. Ich kann nichts Schlechtes darin finden, wenn das System Schule durch die Zuwanderung von Menschen anderer Professionen grenzüberschreitende Erfahrungen macht, was natürlich voraussetzt, dass diese ordentlich für ihre neue Aufgabe qualifiziert werden und die Schulkolleginnen und -kollegen sie willkommen heißen.

Josef Mikschl, Kiel

Starke Frauen unerwünscht?

(E&W 2/2018, Seite 2: „Griff nach der Macht“)

In dem Gastkommentar schreibt Autorin Maria Wersig, dass männliche Star-Wars-Fans weltweit den Film „Die letzten Jedi“ als den schlechtesten der Serie sehen würden. Sie vermutet, dass dies an den vielen weiblichen Charakteren unter anderem in Machtpositionen liegen könnte. Dem widerspreche ich. Nach meiner Erfahrung fanden viele Menschen den Film schlecht, da er zu viel Slapstick-Komik enthielt, die Handlungsstränge nicht nachvollziehbar oder überflüssig erschienen und viele Charaktere sehr eindimensional waren.

Dies alles sind Merkmale, die es in den vorherigen Filmen nicht gab und die auch nicht zu der Reihe passen. Aber dass männliche Star-Wars-Fans die Rolle starker Frauen ablehnen, kann ich nicht erkennen, zumal Prinzessin Leya das Gegenteil beweist.

Jule Dohrmann, Osnabrück

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409
60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Korrekturhinweis

In dem E&W-Beitrag „Am Ende“ (E&W 3/2018, Seite 28 f.), in dem der französische Film „Die Grundschullehrerin“ rezensiert wird, entsteht der Eindruck, dass die Hauptprotagonistin des Films, Lehrerin Florence, zum Schluss ihren Beruf an den Nagel hängt. Richtig ist, dass sie vor der Entscheidung steht, ob sie ihren Job aufgibt. Wer wissen will, wie sie sich entscheidet, sollte sich den Film ansehen. E&W-Redaktion

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

Marketinginformation

Klassenfahrt, Schüler-Austausch oder High School-Jahr.

Mit dem speziellen Reiseschutz für Schüler und Lehrer haben Sie bestens vorgesorgt. Produktqualität von Stiftung Warentest bestätigt.

Mehr Informationen unter:
www.erv.de/lehrer
Telefon: +49 (0) 89 4166 - 1725
E-Mail: contact@erv.de

ERV
You travel. We care.

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

30 Jahre Studienreisen/Klassenfahrten
8-Tage-Busreisen inklusive aller Ausflugsfahrten

Barcelona	ÜF ab 218,– €	**Gardasee**	Ü ab 220,– €
London	ÜF ab 254,– €	**Südfrankreich**	Ü ab 230,– €
Paris	ÜF ab 224,– €	**Toskana**	Ü ab 210,– €
Prag	ÜF ab 199,– €	Unterbringung in Selbstversorger-unterkünften	
Rom	ÜF ab 258,– €		
Wien	ÜF ab 192,– €		

Reisebüro Krause GmbH • Münsterstraße 55a • 44534 Lünen
Telefon (0 23 06) 7 57 55-0 • Fax -49 • info@rsb-krause.de • www.rsb-krause.de

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, NR-Haus, exzellenter Service und super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

• Berlin – Stadtführungen
• Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus
TRAVEL SITE 030-21805214
www.travelxsite.de

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation Rechtssicherheit täglich

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/verlagsreisen

Arbeitsmappen - SEK I - FS - GS
www.stockmann-verlag.de

WUS World University Service
„Jeder hat das Recht auf Bildung..."
Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind
World University Service (WUS) ist eine internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland setzt sich mit seinen Projekten für das **Menschenrecht auf Bildung** ein.

Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung

Unterstützung von ausländischen Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika

www.wusgermany.de

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter

Set Radier-Tinten-Stift „Magic", 3-tlg.
je 1 Stift rot, grün und blau
Art. 62089-43 ~~statt 4,95 €~~ **nur 2,50 €**
Gutschein-Code: EW4138
Artikel in den Warenkorb legen. Der Gutschein wird als prozentualer Rabatt (49,49 %) abgezogen. Gültig bis 06.05.2018.

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

Diesmal

Cartoon: Klaus Stuttmann